Dienstag, 9. Juni 1931
Ausg. A 13. Jahrgang. Nummer 115

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Wöchentlich 52 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 2,10 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 16 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 460 38. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 439 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13 Uhr. Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpedition: Görlitz, Lunitz 6, Telephon 23 84. Geschäftszeit von 8—10 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Fortschritt" AG., Fil. Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon 464 55.

Hungerrevolten im ganzen Reich

Die Opfer des kapitalistischen Systems wehren sich — Schwere Zusammenstöße mit der Polizei — Luxusbars und Restaurants demoliert!

In Düsseldorf

Düsseldorf, 8. Juni. (Eigener Bericht.) Freitag und Sonnabend kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu spontanen Demonstrationen gegen die neuen Hungerverordnungen. Ungeheuerliche Erregung hat sich vor allem der Erwerbslosen bemächtigt, die Sonnabend früh das Wohlfahrtsamt in der Brüderstraße stürmten und zwei leitende Beamte verprügelten. In allen übrigen Stadtteilen bildeten sich in den Nachmittagsstunden Ansammlungen und spontane Demonstrationen. Im Zentrum der Stadt, am Worringer Platz, versuchten Polizeibeamte gegen die Hungerdemonstranten einzuschreiten. Sie wurden von den erbitterten Massen zurückgewiesen.

Am Abend kam es in der Stadt zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Das Demonstrationsverbot durchbrechend, marschierten tausende Kundgebungsteilnehmer in die innere Stadt. Eine Schupokette, die der Demonstration den Zugang zur Königs-Allee, dem Bourgeois-Boulevard von Düsseldorf, sperren wollte, wurde überrannt.

Die Massen überfluteten die Königs-Allee, die Polizei war machtlos, und immer drohender hallte es in den Straßen wider: „Fort mit der Hungerregierung Brüning! Nieder mit der Notverordnungs-Diktatur!"

Infolge provozierender höhnischer Zurufe aus einigen Schlemmerlokalen kam die Empörung der Massen zu offener Entladung. Zahlreiche Fensterscheiben, so u. a. des feudalen Bourgeois-Lokals „Wittelsbacher Hof", gingen in Trümmer und provozierende Bourgeois wurden verprügelt. Vergeblich versuchte die Schupo, die Demonstranten zu attackieren. Der Hunger, die Empörung erwies sich stärker als Polizeiknüppel und Revolver.

Es wurde an verschiedenen Stellen beobachtet, daß die Schupobeamten sich weigerten, den Befehlen ihrer Offiziere auf „schärferes Vorgehen" Folge zu leisten.

Wiederholt wurden von einzelnen Polizei- und Kriminalbeamten scharfe Schüsse abgegeben. Als Antwort hierauf wurden die Fensterscheiben großer Vergnügungslokale eingeschlagen. Am Bahnhof selbst stürmten die Demonstranten das Bahnhofs-Hotel.

In Essen

Essen, 9. Juni. (Eig. Drahtber.)

In der Innenstadt und in den angrenzenden Stadtteilen fanden gestern wiederum wuchtige Demonstrationen gegen die Notverordnung statt. Es sammelten sich spontan viele Hunderte von Betriebsarbeitern und Erwerbslosen, die in Nieder-Rufen auf die Notverordnung ausbrachen. Die Polizei schritt daraufhin zu einer groß angelegten Aktion im Essener „Wedding", im Sühderoth-Viertel, ein. Mit einem riesigen Polizeiaufgebot wurde das ganze Viertel umstellt, und die Polizei rückte konzentrisch nach innen vor. Es fanden Waffendurchsuchungen statt, die aber ergebnislos verliefen. Dutzende von Arbeitern wurden auf Lastwagen zum Polizeipräsidium gebracht. In den Abendstunden verstärkten sich die Demonstrationen, und es wird damit gerechnet, daß die Hungertumulte noch stärkere Formen annehmen werden.

In Bochum

Bochum, 9. Juni. (Eig. Drahtber.)

Gestern morgen sammelten sich um 10 Uhr auf dem Moltkeplatz in Bochum einige Hundert Erwerbslose, die zur Notverordnung Stellung nahmen, ihrer ungeheuren Empörung durch Nieder-Rufe Ausdruck gaben. Danach zogen die Erwerbslosen vor das Rathaus. Auf dem Rathausplatz sammelten sich über 1000 Menschen. Ueberall herrschte starke Empörung. Es wurde diskutiert und immer wieder Nieder-Rufe gegen die Regierung für Arbeit und Brot ausgebracht.

Dann formierte sich ein Demonstrationszug und zog durch die innere Stadt durch das Geschäftsviertel. Die ganze Stadt stand unter dem Eindruck des Protestes der Erwerbslosen gegen die Notverordnung. Die Polizei rollte mit Karabinern ausgerüstet auf fünf Ueberfallwagen heran. Am Moltkeplatz kam es dann um 13 Uhr zu Zusammenstößen. Zwei Arbeiter wurden verhaftet. Die Unruhen dauerten den ganzen Tag über an.

Zurückgeschlagene Naziprovokationen in Hamburg

Hamburg, 9. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Nachdem eine für den gestrigen Sonntag geplante Nazidemonstration durch das Hamburger Arbeiterviertel Hammerbrok verboten war, beschloß die NSDAP., in „aufgelöster Ordnung" durch Hammerbrok und Rothenburgsort zu demonstrieren. Die freche Provokation beantworteten die Arbeiter damit, daß sie zu vielen Tausenden auf die Straße gingen und gegen die Nazihorden demonstrierten. Zehntausende von Menschen waren auf der Straße, 3000 nahmen an dem Demonstrationszug teil, unter ihnen eine geschlossene Gruppe des Reichsbanners mit Abzeichen und zahlreiche SPD.-Arbeiter. An einer Stelle kam es zu Zusammenstößen mit den Nazis, bei denen einige von ihnen verletzt wurden. Die Polizei verhaftete 17 Arbeiter, darunter mehrere Reichsbannermitglieder. An verschiedenen Stellen war Stacheldraht über die Straße gezogen, um den Polizeifitzern den Weg zu versperren.

Und in Dresden

Dresden, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Von ihrem Chemnitzer Aufmarsch in Autos zurückkehrende Nazis provozierten in Dresden-Löbtau einen Zusammenstoß mit Arbeitern, bei dem einige Nazis verletzt wurden. Die Polizei hatte natürlich nichts wichtigeres zu tun, als eine umfangreiche Suche nach den beteiligten Arbeitern anzustellen, wobei sie gemeinsam mit den Nazis in eine Versammlung der Roten Hilfe eindrang. Die Nazis stürzten sich sofort auf die Versammlungsbesucher, so daß sich auch hier eine Schlägerei entwickelte, die mehrere Verletzte forderte. Ein herbeigeeiltes Ueberfallkommando ließ die Nazihorden ebenfalls unbehelligt und verhaftete 15 Teilnehmer der Roten-Hilfe-Versammlung.

Und in Beuthen

Beuthen OS., 9. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Anläßlich faschistischer Demonstrationen kam es hierbei am Sonntag zu Zusammenstößen zwischen provozierenden Nazis und Arbeitern, wobei mehrere Nazis verletzt wurden.

Vergeblicher Polizeisturm auf Streikversammmlung

Augsburg, 9. Juni. (Eig. Drahtber.)

Eine bisher beispiellos dastehende Polizeiprovokation spielte sich hier gegen die sich im Streik befindlichen Textilarbeiter ab. Als in einer vom roten Kampfausschuß einberufenen Streikversammlung der Landtagsabgeordnete Dressel im Auftrage der KPD. und der RGO. das Wort ergreifen wollte, stürmte plötzlich ein Polizeihauptmann in den Saal und erklärte die Versammlung für aufgelöst. Zu gleicher Zeit umzüngelten zwei Hundertschaften mit Gewehr bei Fuß das Versammlungslokal, während gegenüber den Saalausgängen zwei Maschinengewehre mit der Schußrichtung auf die Ausgänge postiert waren. Der Versammelten und der Bevölkerung in den anliegenden Straßen bemächtigte sich eine derartige Erregung, daß der Polizeioffizier das Verbot der Versammlung auf Grund des Massendrucks wieder zurücknehmen mußte.

Die Angst der herrschenden Klasse vor der roten Front

In Boyadel, Kreis Grünberg, einem Städtchen mit 1200 Einwohnern, sollte am vergangenen Sonntag ein rotes Treffen stattfinden. Die Polizeibehörde hat dieses Treffen verboten. Es wurde eine Saalkundgebung und eine Abendvorstellung abgehalten, die sehr gut besucht waren. Starke Polizeikräfte waren in diesem kleinen Ort konzentriert. 50 Schupos aus Frankfurt, 31 Landjäger und die ständige Ortspolizei sorgten für „Ruhe und Ordnung". Ein Zeitungsverkäufer wurde verhaftet, mußte aber hinterher freigelassen werden.

Schart euch um eure Presse!

Werktätige! Schart euch um die kommunistische Presse!

Kaum ist das Manöver der Bürgerkriegsgarde, des Stahlhelms, in Schlesien vorüber. Die Eroberung Schlesiens und Breslaus für den Faschismus ist nicht gelungen; **im Gegenteil, große Massen sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter haben gerade in diesen Tagen erkannt, daß**

die Kommunistische Partei die einzige Kraft

ist, die den Massenkampf gegen den Faschismus organisiert und führt. Das starke Wachstum der Kommunistischen Partei, der RGO., der Roten Hilfe und der anderen proletarischen Massenorganisationen zeigt das sehr deutlich.

Die kommunistische Presse

Schlesiens war **die einzige Presse,** die der werktätigen Bevölkerung Schlesiens bereits lange vor dem Stahlhelmaufmarsch den tieferen Sinn dieses Aufmarsches aufzeigte. Wo bürgerliche und sozialdemokratische Zeitungen, die ja die Hilfsorgane der faschisierten Staatsgewalt sind, von einem „gelegentlichen Treffen", von einem „Spiel" faselten, da zeigte die kommunistische Zeitung dieses Treffen bereits als die

Probemobilmachung gegen die proletarische Revolution und gegen das Vaterland aller Proletarier, die Sowjetunion,

auf. Was Wunder, daß man die „Arbeiter-Zeitung" bereits in der Vorbereitungszeit dieses Stahlhelmaufmarsches auf drei Wochen verbot, daß man kurz vor und noch während dem Faschistenaufmarsch die „Arbeiter-Zeitung" beschlagnahmte, was Wunder, daß **man jetzt eine neue Verbotshetze gegen die kommunistischen Zeitungen in Szene setzt.** Waren es doch in vielen Fällen sozialdemokratische Landräte und Bürgermeister, **die die Gegenkundgebungen der Arbeiter verboten,** waren es doch sozialdemokratische Polizeigewaltige, die die Faschistenhorden vor den Proletenfäusten bewahrten. **Diese im Dienst der Ausbeuter stehenden Pressekanaillen haben gesehen, daß die breiten Massen den**

Weg der Kommunisten für richtig

erkennen, daß sie in den verschiedensten Orten Schlesiens den Stahlhelm trotz des ihm zuteil gewordenen Schutzes auf proletarische Weise empfingen und auch verabschiedeten. Das war für die Bourgeoisie und für die SPD.-Führer, die jetzt auf dem Leipziger Parteitag eine einzige Hetzkanonade gegen die Sowjetunion und die KPD. führen, ein allzu deutliches Zeichen, daß die werktätigen Massen Schlesiens nicht gewillt sind, sich von den faschistischen Horden brutal niedertrampeln zu lassen.

Doch schon wieder alarmiert die kommunistische Presse die werktätigen Massen in Stadt und Land. Deutschlands Bourgeoisie läßt durch ihren Hungerkanzler eine

neue Notverordnung

herausgeben. Wieder sind die Arbeiter, Angestellten, unteren Beamten und die kleinen Bauern die Opfer dieser Notverordnung. Wieder ist es nur die Kommunistische Partei, die den Kampf gegen die neue Notverordnung organisiert, und wieder ist

die kommunistische Presse das einzige Sprachorgan der unterdrückten Massen.

Aber die Ausbeuter kennen die Gefährlichkeit, die Schlagkraft des geschriebenen Wortes nur allzu gut. Sie werden mit neuen

Verfolgungen und Terror

versuchen, der Arbeiterschaft ihr Kampforgan zu rauben. Bereits jetzt sind

105 kommunistische Redakteure zu langjährigen Festungs-, Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt worden. 581 „Hochverräter" wurden von den Klassengerichten der deutschen Bourgeoisie abgeurteilt. 205 000 Mark Geldstrafen wurden im Jahre 1930 über die kommunistische Presse und ihre verantwortlichen Redakteure verhängt,

und im ersten halben Jahre 1931 belaufen sich die Ausgaben für Prozesse, der Schaden durch die Beschlagnahmen und Verbote, die der bürgerliche Staat gegen die kommunistische Presse verhängte, auf mehr als 500 000 Mark. — **Also eine halbe Million allein im ersten halben Jahre.** Dazu muß gesagt werden, daß der größte Teil auch dieser

Betriebsarbeiter, Erwerbslose, wählt eure Delegierten zu den RGO-Kampfkonferenzen am 14. Juni

Verbote und Beschlagnahmen durch sozialdemokratische Polizeiminister und Präsidenten erfolgte.

Darum erschallt der Ruf an die werktätigen Massen in Stadt und Land:

Schart euch um die kommunistische Presse!

In die letzte Hütte des Arbeiters, in jede Wohnung der Angestellten und unteren Beamten, in das letzte Haus des schaffenden Bauern muß die kommunistische Zeitung getragen werden. Die werktätigen Massen müssen erkennen, daß es Klassenverrat ist, heute noch durch ein Abonnement die bürgerliche oder sozialdemokratische Presse zu unterstützen.

Kein roter Betriebsrat, der nicht ernstlich bestrebt ist, für die Verbreitung der kommunistischen Zeitung im Betrieb zu sorgen!

Kein Kampfbundmitglied, kein Roter Helfer, kein IAH.-Freund, der nicht an der Seite der Kommunisten im Betrieb und auf der Stempelstelle für die kommunistische Presse mitwirbt! Bei dieser Aufklärungs- und Werbearbeit steht die Frau mit in der vordersten Front! Sie trifft die Notverordnung, die Lohnsenkung, die Ausbeutung im Betrieb doppelt schwer. Sie fühlt die Notwendigkeit der Beseitigung dieser Verhältnisse genau so wie der Mann. **Ihr die Erkenntnis der Dinge beizubringen, sie einzureihen in die aktive Kampffront,** ist eine unserer größten Aufgaben. Also ist die kommunistische Zeitung für die Frau das beste und wirksamste Mittel zur Ueberzeugung.

Das Gesicht dem Dorfe zu,

hinaus aufs flache Land, dort, wo faschistische Großagrarier und faschistische Inspektoren die Landarbeiter und werktätigen Bauern und faschistischen Inspektoren die Landarbeiter und werktätigen Bauernmassen in den Stahlhelm und die SA. zwingen. **Werktätige! Klassenbewußte Arbeiter! Kampfbundkameraden und Rote Helfer! Es ist euer aller Pflicht, in diesen faschistischen Brutstätten**

rote Stützpunkte

auszubauen. Die Kommunistische Partei gibt ab 30. Juni für ganz Schlesien die

Ausgabe B

heraus. Diese Zeitung ist in ihrem Preis, ihrer Aufmachung das beste Organ für die Landbevölkerung. Der Landarbeiter, der Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger, der nicht in der Lage ist, eine Tageszeitung zu bezahlen, findet in **der Ausgabe B** in gedrängter Form alles zusammengefaßt, was er wissen muß, um seinen geschworenen Feinden wirkungsvoll entgegentreten zu können. Aber wir dürfen bei unserer Werbung nicht vergessen, daß es noch Zehntausende von

Betriebsarbeitern

gibt, die sich bei der Betriebsratswahl für die roten Betriebsräte, für die

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition

entschieden haben, die auch in den Kämpfen der letzten Monate und Wochen Schulter an Schulter mit den Kommunisten kämpften. Hier ist es unsere **größte Pflicht, diese Arbeiter mit ständigem, laufendem und gutem Aufklärungsmaterial zu versorgen. Was ist das beste und wirksamste Aufklärungsmaterial?**

Die kommunistische Presse.

Sie ist durch nichts zu ersetzen. Sie deckt alle Schandtaten der Reaktion auf und zeigt die Abwehrmaßnahmen, die die proletarische Klasse anwenden muß.

Hier gilt es, die Hauptausgabe der „Arbeiter-Zeitung" und der „Neuen Zeitung" in die Betriebe zu bringen.

1000 neue Abonnenten für die Ausgabe A beider Zeitungen,
6000 neue Abonnenten für die Ausgabe B beider Zeitungen,
7000 neue Abonnenten, neue Massen, die zum Klassenkampf, zu Mitstreitern für die Befreiung der unterdrückten Massen bis zum 30. Juni gewonnen werden, ist unser Ziel.

In Verbindung mit der Werbung neuer Leser geht Hand in Hand die Eroberung der Mehrheit der Werktätigen für die Volksrevolution.

2000 neue Mitglieder im Bezirk Schlesien für die KPD., davon 1000 Betriebsarbeiter.

Macht eure Betriebe zu roten Burgen!

Reiht aus dem Heer der Leser der Kommunistischen Presse die Werktätigen in die Kommunistische Partei ein!

Formiert die Einheitsfront der werktätigen Massen unter der Führung der Kommunistischen Partei und der RGO.!

Werbt für die Kommunistische Partei und ihre Presse!

KPD. RGO. Rote Hilfe. IAH. Kampfbund gegen den Faschismus. Redaktion und Verlag.

Die Antwort auf Leipzig

SPD.-Arbeiter kommen zur KPD.

In Bonn sind die bisherigen sozialdemokratischen Stadtverordneten Preckel und Rutsch zur Kommunistischen Partei übergetreten.

In Leipzig ist der bisher sozialdemokratische Arbeiter Paul Robert Rast, der 30 Jahre der SPD. angehörte, in die KPD. eingetreten. Genosse Rast begründet seinen Uebertritt in einem Brief, in dem er ausführt, daß der **Verlauf des SPD.-Parteitages ihn endgültig von seiner Illusion geheilt habe, daß die SPD. wieder zu einer Klassenkampfpartei werden könne.**

In Flensburg (Schleswig-Holstein) haben drei alte SPD.-Mitglieder und langjährige Funktionäre ihren Austritt aus der SPD. erklärt und sind in die KPD. eingetreten. Es sind dies die Genossen Friedrich Lange, M. Michelsen und ein weiterer Arbeiter. Auch diese Genossen erklären, daß ihr Schritt die Antwort auf den Leipziger Parteitag der SPD. sei.

In Berlin-Wedding ist der Arbeiter Wilhelm Laberke zur KPD. übergetreten. Genosse Laberke war seit 1909 Mitglied der SPD., seit 1907 Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes und vier Jahre lang im Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes. Innerhalb der SPD. war **Genosse Laberke Sektionsleiter und Abteilungsleiter.** Der Verlauf des Leipziger SPD.-Parteitages gab dem Genossen Laberke den letzten Anstoß, mit der arbeiterfeindlichen SPD.-Politik zu brechen und sich in die rote Front des Proletariats einzureihen. Da Genosse Laberke großen Einfluß bei den bisherigen SPD.-Anhängern im Bezirk Wedding hat, ist zu erwarten, daß zahlreiche bisherige SPD.-Arbeiter jetzt seinem Beispiel folgen werden.

Vorwärts in Oberschlesien!

Bezirksleitung Oberschlesien der KPD. zu den Beschlüssen des EKKI und des Zentralomitees

Am Sonnabend, dem 30. Mai, tagte die **Plenarsitzung der Bezirksleitung der KPD. Oberschlesiens,** die nach dem ausführlichen Referat des Genossen Kreuzburg in reichlicher Diskussion zu den **Beschlüssen und Thesen des EKKI.** sowie der **Beschlüsse des Zentralkomitees unserer Partei** Stellung nahm und selbstkritisch deren Anwendung auf unsere bezirklichen Arbeiten festlegte.

In der Diskussion wurden die folgenden Fragen unterstrichen:

Wendung unserer Arbeiten auf dem Lande, schärfste Selbstkritik der Versäumnisse bei unserer Erwerbslosenbewegung, bessere und strassere Durchführung der Werbung für Partei und Presse, systematische Vorbereitung des Bergarbeiterkampfes auf der Grundlage des besseren Ausbaus unserer Einheitsfrontorgane.

Gleichfalls wurden die Maßnahmen beschlossen, den Kampf gegen die Notverordnungen **planmäßiger zu führen und zu steigern unter stärkster Popularisierung des vom ZK. beschlossenen Arbeitsbeschaffungsprogramms** zur Eroberung der breiten Schichten des Mittelstandes, der Kleinbauern, zur Schaffung fester Verbindungen der Landbevölkerung mit dem Industrieproletariat.

Ausbau unseres gesteigerten Einflusses bei den Sport- und Kulturarbeiten, unter der besonderen Verpflichtung der fraktionellen Arbeit in den Massenorganisationen.

Massenmobilisierung zur Durchführung unserer Anti-Kriegskampagne, verbunden mit dem verstärkten Kampf gegen die Kriegshetze. Weiteres Vorstoßen zur planmäßigen Arbeit im Kampf gegen den Faschismus und Nationalismus, in enger Bündnisarbeit mit den Bruderparteien der Grenzländer und der proletarischen Klasse.

Die sehr gute Diskussion wurde mit der einstimmigen Annahme einer Resolution abgeschlossen, die wir im Innern des Blattes abdrucken.

Arbeitslosendemonstration gegen Hunger-Notverordnung

Hamburg, den 8. Juni. (Eig. Bericht.) **In Hamburg, wo bereits am Sonntag Demonstrationen gegen die Notverordnung stattfanden, stieg heute die Erregeung weiter an. Vor dem Arbeitsamt Kohlhöfen bildete sich ein Zug von mehreren hundert Mann, der durch die Straßen nach dem Jungfernstieg zog. Rufe wie: „Die Arbeitslosen haben Hunger, sie wollen Arbeit!" — „Nieder mit der Notverordnung!" wurden von Hunderten Erwerbslosen ausgerufen.** Vor dem Schlemmerlokal der Hamburger Pfeffersäcke, dem „Alster-Pavillon", kam es zu einer Ansammlung; Stühle flogen durch die Scheiben. Die Polizei trieb die hungernden Erwerbslosen auseinander. Auf allen Stempelstellen sowie in den Straßen der inneren Stadt steigert sich die Erregung immer mehr.

SPD. gegen Einberufung des Reichstags

Brünings „Germania" hat gepfiffen, der sozialdemokratische Pudel gehorcht „Luftstöße" und „Theaterdonner" nennt ausgerechnet die SPD.-Presse die kommunistische Forderung auf Einberufung des Reichstages

Am Mittwoch findet die Sitzung des Aeltestenrates statt, die zu dem kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages Stellung nehmen wird. Da bekanntlich die Nationalsozialisten dem kommunistischen Vorgehen nachgehinkt sind und Hugenberg in einer Rede am Sonntag in Minden i. W. gleichfalls ankündigte, daß die Deutschnationalen zur Sitzung erscheinen und ebenfalls für die Einberufung des Reichstages stimmen werden, so liegt es wiederum nur an der Sozialdemokratie, ob der Reichstag einberufen wird oder nicht. Ueber die Notwendigkeit der Einberufung ist nicht mehr zu diskutieren. Die Hungersnotverordnung hat eine so tiefe Erregung und Empörung in allen Bevölkerungsschichten hervorgerufen, so daß zweifellos im Volk eine Mehrheit für die kommunistische Forderung vorhanden ist.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat bereits seine Stellungnahme festgelegt. Die SPD.-Vertreter im Aeltestenrat werden gegen den kommunistischen Antrag stimmen. Formal hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch alles offengelassen. Um dem Versprechen auf dem Leipziger Parteitag wenigstens äußerlich gerecht zu werden, wird der Parteivorstand am Mittwoch zur Frage der Einberufung des Reichstags Stellung nehmen, also am selben Tag, wo bereits die Entscheidung im Aeltestenrat fallen soll. Bezeichnenderweise findet die Fraktionssitzung der Sozialdemokratie erst am Freitag statt, trotzdem kein stichhaltiger Grund vorliegt, warum sie nicht sofort tagt. Dringend genug ist die Sache. Das ganze ist ein abgekartetes, wiederholt schon mit Erfolg ausprobiertes Spiel, um die eigenen Anhänger zu täuschen. Daß die Entscheidung in Wirklichkeit schon gefallen ist, das verrät mit aller wünschenswerten Deutlichkeit der Leitartikel des „Vorwärts" vom Sonntag, in dem man folgendes lesen kann:

„Nationalsozialisten und Kommunisten können sich damit begnügen, ihren sogenannten Kampf mit leeren Luftstößen zu führen. Von der Sozialdemokratie aber soll man wissen, daß sie, wenn sie schlägt, auch trifft."

Diese literarischen Kraftmeiereien täuschen keinen denkenden Arbeiter darüber hinweg, daß die Sozialdemokratie drauf und dran ist, erneut für Brüning in die Schanze zu springen, um auch diese aufreizende Notverordnung zu retten. Am Schluß seines Artikels unterstellt der „Vorwärts" seinen Anhängern, daß sie mit dieser Politik einverstanden sind. Wörtlich heißt es dann:

„..... und darum erwarten sie von ihrer Reichstagsfraktion mehr als bloßen Theaterdonner. Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird es sein, gegen den antisozialen Kurs der Regierung Brüning einen Kampf zu organisieren, der vielleicht nicht im Handumdrehen zur Entscheidung kommt, aber in der Endwirkung den Erfolg bringt."

Der Artikel verrät auch an anderer Stelle, was der Sozialdemokratie als der „Erfolg" vorschwebt, nämlich die Ersetzung der Brüningregierung durch eine „weiter linksgerichtete" Regierung. Also Koalitionssehnsüchte. Das ist insofern bemerkenswert, als die SPD. zum ersten Male so offen davon spricht. Unsere Meinung dazu: Das hat der SPD. zur Beschleunigung ihres Niederganges gerade noch gefehlt. Wobei nur noch zu bemerken ist, daß diese „weiter links gerichtete" Regierung faktisch die alte Politik fortsetzen wird. Es muß wie Hohn für alle bedrohten Volksschichten wirken, wenn die Sozialdemokratie in der jetzigen Situation den Massen nichts anderes zur Abwehr der reaktionären Angriffe sagen kann als die Forderung auf Einbeziehung der SPD. in die Regierung.

Wenn die Sozialdemokratie gegen die Einberufung des Reichstags stimmt, was jetzt schon feststeht, dann führt sie nur den direkten Befehl der Brüningpartei durch. In einem Artikel der „Germania", dem Berliner Blatt Brünings (Sonntag, 7. Juni), der sich mit dem Leipziger Parteitag beschäftigt, heißt es:

„Die erste Entscheidung betrifft die Frage, ob die Fraktion (der SPD.) sich den bereits vorliegenden Anträgen auf Einberufung des Reichstags anschließen solle oder nicht ... Er entscheidet nach Lage der Dinge zugleich auch über Ende oder Fortdauer der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik. Die Sozialdemokratie ist sich ... nicht im Unklaren darüber, welch weitreichende Konsequenzen durch die Entscheidung der Fraktion möglicherweise ausgelöst werden können."

Das ist eine eindeutige Drohung. Mit dem entsicherten Revolver des Auffliegens der preußischen Regierung hat das Zentrum schon in der Vergangenheit immer einen durchschlagenden Erfolg bei der SPD. gehabt. Auch diesmal wird es nicht anders werden. Der gehorsame sozialdemokratische Pudel springt, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" einmal sehr richtig schrieb, über jeden Stock, den Brüning ihm vorhält.

Was aber sagen die sozialdemokratischen Arbeiter? Auf dem Leipziger Parteitag haben die gerissenen Schieber des Parteivorstandes die Delegierten damit beruhigt, daß sie erklärten, sie würden jetzt der Einberufung des Reichstages anders gegenüberstehen wie vorher. Man hat geblufft. Man hat die eigenen Mitglieder auf die schändlichste Weise betrogen.

Die Frage der Einberufung des Reichstages ist angesichts der gespannten Lage und der wachsenden Massenempörung mehr wie eine parlamentarische Angelegenheit. Sonst würden sich die Kommunisten nicht so dafür einsetzen, denn sie haben nicht die Illusion, daß von dem Reichstag eine Erlösung des Volkes zu erwarten ist. Aber allein schon die Möglichkeit, daß die Hungersnotverordnung im Reichstag, ganz gleich, auf welche Weise, keine Mehrheit findet, ist von größter außerparlamentarischer Bedeutung zur Mobilisierung der Massen, zur Zusammenfassung aller zum revolutionären Kampf entschlossenen Kräfte und damit gleichzeitig zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront im Kampf gegen Brüning und die hinter ihm lauernden offenen faschistischen Kräfte um Hitler, Hugenberg und Seldte.

Die werktätigen Massen können dem Kampf gegen den Faschismus nicht länger ausweichen. Der Fortbestand der Brüningregierung verstärkt nur die Position des Faschismus und schwächt das Proletariat in seinem Kampf. Je eher die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Schichten die gesamte Reaktion zum Kampf stellt, desto aussichtsreicher ist dieser Kampf. **Wie auch der Aeltestenrat entscheidet, die Kommunistische Partei wird die größten Anstrengungen machen, um diesen Volkskampf vorwärtszutreiben. Die SPD. das ist die Niederlage. Die KPD. das ist der Sieg.**

Kommunisten vor die Front!

Die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur hat die neue ungeheuerliche Notverordnung dem hungernden Volke diktiert. Jetzt heißt es: Kommunisten vor die Front! Führt die Beschlüsse des Zentralkomitees durch, das euch in seiner Plenarsitzung vom 14. und 15. Mai folgende Aufgaben gestellt hat:

Wirkliche Mobilisierung der ganzen Arbeiterklasse. Rascher und fester Aufbau der RGO. Gesteigerte intensive, systematische und andauernde Oppositionsarbeit in den reformistischen und christlichen Verbänden. Stärkster Kurs auf die Großbetriebe, Schaffung und Politisierung der Betriebszellen. Ausbau des revolutionären Vertrauensleutekörpers. Schaffung und Aktivierung von Betriebsgruppen der RGO. Größtmöglichste Belebung der Erwerbslosenbewegung. Steigerung unseres Einflusses unter der proletarischen Jugend. Mobilisierung der Frauen. Verstärkter Kampf um die Gewinnung der SPD.-Arbeiter. Fortsetzung unserer Offensive gegen die Nationalsozialisten. Verstärkte Gegenoffensive auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Hinaus aufs Land!

Eure Antwort auf Brünings Diktaturverordnung: Verhundertfachung eurer Arbeit entsprechend den zentralen Beschlüssen. Vorwärts mit den Massen im Kampf gegen Brüning die soziale Reaktion und den Faschismus!

Hämmert es in die Herzen und Hirne — macht Sturm im Land!
Die Notverordnung muß fallen, wenn das Volk leben will!

Breslau

8 Jungarbeiter vor dem elektrischen Stuhl

Heraus zur Protestkundgebung

am Dienstag, dem 9. Juni, 20 Uhr auf dem Neumarkt. Verhindert den Mord an den schwarzen Jungproleten!

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands.
Rote Hilfe Deutschlands.
Jugendstaffeln des Kampfbundes.

Die Stadtteile treten um 19 Uhr auf den Stellplätzen an. West: Striegauer Platz; Süd: Friedrichstraße; Ost: Brockauer Platz; Nord: Weißenburger Platz; Nordost: Hirsch-, Ecke Bockstraße.

Die Revision der Ortskrankenkasse

Aus Anlaß der Veruntreuungen bei der Ortskrankenkasse Breslau und den Unregelmäßigkeiten, die bei der Abrechnung mit dem Reichsversorgungsamt vorgekommen waren, war die Berliner Gesellschaft für Vermögensverwahrung und -verwertung mit einer Revision der Breslauer Ortskrankenkasse beauftragt worden. Der Bericht der Treuhänderin, der jetzt vorliegt, umfaßt vier große Aktenbände. Der Schaden, der sich aus der falschen Abrechnung eines Abteilungsleiters mit dem Hauptversorgungsamt ergibt, wird mit 93 000 Mark verzeichnet, während das Versorgungsamt eine fast 30 000 Mark höhere Summe angibt. Der Bericht wird nun einem von der Kasse gebildeten engeren Ausschuß vorgelegt werden, der wahrscheinlich dann die Zuleitung an den Untersuchungsrichter verfügen wird.

Parallel mit diesen Vorgängen laufen die Arbeiten, einen Ausgleich in den Einnahmen und den Ausgaben der Ortskrankenkasse herbeizuführen. Da zwischen Vorstand und Kassenausschuß eine Einigung über die Höhe der Beitragssteigerung bisher nicht erzielt werden konnte, hat nun das Versicherungsamt von sich aus die Beiträge erhöht und die Mehrleistungen herabgesetzt. Es sollen dadurch Einsparungen von etwa 800 000 Mark jährlich erzielt werden.

Der „Generaler" verhöhnt die Kriegsbeschädigten

In der Sonntagnummer der „Neuesten Nachrichten" gibt die Berliner Redaktion des Blattes ihren Senf zur neuen Notverordnung, um sie dadurch dem geduldigen Generaler-Leser schmackhafter zu machen. Bekanntlich hat der Vorsteher des Frontsoldaten-Kabinetts", Herr Brüning, auch die Hungerrenten der Kriegsbeschädigten gekürzt nach der bekannten Latrinenparole: Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß! Zu diesem Rentenraub schreibt der Berliner Generaler-Kuli folgenden unverschämten Satz: **„Die Kriegsbeschädigten haben sich mit einer Kürzung ihrer Bezüge einverstanden erklärt!"** Das ist die größte Frechheit, die je auf einem Druckpapier gestanden hat! Wir wünschten dem „Nachrichten"-Redakteur von jedem Kriegsbeschädigten, der gegen den Rentenraub ist, eine saftige Ohrfeige, dann würde dieser Bursche, wenn es 800 000 Kriegsbeschädigte gibt, 800 000 hinter die Ohren geknallt bekommen. Und die wären für diese elende Schmiererei redlich verdient!

Achtung!

Alle Funktionäre des Sportvereins „Fichte" finden sich am Dienstag, dem 9. Juni, um 19 Uhr zu einer wichtigen Fraktionssitzung im Vereinslokal „Riviera", Eichenparkstraße, ein. Erscheinen aller ist Pflicht.

Marxistische Arbeiterschule

Mittwoch, den 10. Juni, 19 Uhr im Lokal Mosler, Uferstraße 20, Fortsetzung des Anfänger-Stenographie-Kursus. Um 21 Uhr Fortsetzung des Fortgeschrittenen-Kursus. Teilnehmer zu beiden Kursen können sich noch melden. Teilnehmergebühr für den ganzen Kursus 1,50 Mark.

Das Reichsgericht im Dienste der Pfaffen

Gestern konnten wir von einem Urteil in Breslau berichten, welches ganz offen erkennen ließ, wie sehr sich auch die Justiz dem derzeitigen „Notverordnungskurs" Brünings anzupassen bestrebt ist. Heute sind wir in der Lage, über eine Entscheidung des Reichsgerichts zu berichten, die in dieselbe Richtung weist.

Neben der SPD. sind es doch vor allem die Pfaffen, denen die Aufgabe zugeteilt ist, gegenüber aller Verschärfung des Hungers, die Massen doch ruhig und geduldig zu erhalten. Da ergibt sich dann von selbst, daß die schwarzen „Ordnungs"hüter besonders geschützt werden müssen. Deshalb die Verurteilung des Genossen Pemm. Aus denselben Gründen hat jetzt auch das Reichsgericht einen Fall von sogenannter Gotteslästerung, in dem ein Freispruch erfolgt war, diesen Freispruch aufgehoben und die Sache an ein Breslauer Gericht verwiesen, wahrscheinlich in der Erwartung, daß dieses Gericht sich gottgefälliger erweisen wird. Es handelt sich um folgendes: Gegen den Genossen Aust und seine Truppe war bekanntlich ein Gotteslästerungsprozeß eingeleitet worden wegen der Aufführungen der Freidenker-Revue „Himmel — Hölle und auf Erden..." Sowohl in der ersten als auch in der zweiten Instanz in Schweidnitz erkannte das Gericht auf Freispruch.

Auf die vom Staatsanwalt eingelegte Revision hin hat das Gericht jetzt, wie bereits erwähnt, das freisprechende Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Breslauer Landgericht verwiesen.

Zur „Begründung" wurde u. a. aufgeführt: „Die Strafkammer Schweidnitz habe nicht in Betracht gezogen, daß die ganze Aufführung lediglich der Tendenz diente, die religiösen Anschauungen anderer herabzusetzen. **Auch sei ferner nicht gewürdigt worden, wie die Aufführungen auf die Zuschauer gewirkt haben."**

Diese Ausführungen des Reichsgerichts sind eindeutig: Man wünscht eine Verurteilung und erhofft sich in Breslau willigere Richter als in Waldenburg und Schweidnitz.

Vom Prozeß gegen den Maler Grosz unterscheidet sich dieser Prozeß wesentlich dadurch, daß Genosse Aust damals (1928/1929) die Revue als Funktionär des Deutschen Freidenkerverbandes aufführte, während im Fall Grosz („Christus mit der Gasmaske") einem einzelnen Künstler der Prozeß gemacht wurde, ist in der Person des Genossen Aust zugleich eine ganze Organisation, zumindest aber der Bezirk Schlesien des „Deutschen Freidenkerverbandes" angeklagt. Denn der „Deutsche Freidenkerverband" war es, der die Aufführungen überall durchführte. Freilich: der reformistischen Verbandsbürokratie, den Pietsch u. Co., die inzwischen die diversen Konkordate kampflos passieren ließen, dafür heute mit dem Körperschaftsrecht schwanger gehen, und im Bemühen, sich als „treue Diener des Staates" aufzuführen, jede klassenbewußte Tendenz und Opposition im Verband einfach abdrosseln oder ausschließen, — dieser kulturfaschistischen Verbandsbürokratie kam dieser Prozeß sehr ungelegen. Am deutlichsten spricht hierfür die Tatsache, daß das Verbandsorgan bisher mit keiner Silbe über den Gang des Prozesses berichtete.

Dieses feige Verhalten der Pietsch u. Co. vor der proletarischen Oeffentlichkeit zur Diskussion zu stellen, dazu verpflichtet uns proletarische Solidarität nach dieser Reichsgerichtsentscheidung, die eine offensichtliche Herausforderung ist. Die Pietsch u. Co. freilich werden sich weiter „desinteressiert" zeigen.

Die 34 Orte Schlesiens aber, mit ihren 15 000 begeisterten Revuebesuchern, werden demonstrativ bekunden, daß sie gewillt sind, — auch über Pietsch und seine Helfershelfer hinweg! — kampfentschlossen unter dem Banner der klassenbewußten „proletarischen Freidenker" gegen die faschistische Kulturreaktion anzumarschieren.

Achtung! Ortskomitees der RGO.! Erwerbslosenausschüsse! Achtung!

Der „Arbeitslose" enthält wichtiges Material betr. Notverordnung und Unterstützungsraub. Sorgt für den Massenumsatz an allen Stempelstellen. Bestellungen sind sofort zu richten an den Verlag „Der Arbeitslose", Breslau, Breitestraße 6/7.

Sitzung der Stadtverordneten

Dienstag um 19 Uhr Sitzung der Stadtverordnetenfraktion. Vertreter der Stadtteile haben zu erscheinen. Die Sitzung findet statt Freiheitsgasse 2 (Rote Hilfe).

Johannes R. Becher im Radio

Am Mittwoch ursendet Berlin „Die Tragödie des William Fox", ein Hörspiel unseres proletarisch-revolutionären Dichters Joh. R. Becher. Um weiten Kreisen der werktätigen Bevölkerung dieses neue Werk Bechers zu vermitteln, veranstaltet der „Freie Radio-Bund, Ortsgruppe Breslau" einen **kollektiven Abhörabend, am Mittwoch, 19,30 Uhr, in den Hubertus-Sälen, Friedrich-Wilhelm-Straße 32.** Die Veranstaltung wird eingeleitet durch Vorträge aus den Gedichtbänden von Joh. R. Becher. Nach der Sendung, die um 20,30 Uhr beginnt, erfolgt eine Diskussion der Anwesenden über das gehörte Werk. Unkostenbeitrag 10 Pfennig. Kein Proletarier versäume diesen Abend.

Freier Radiobund.

Weitere Spaltung der Naturfreunde angedroht

Der letzte Vereinsabend der Naturfreunde stand stark unter dem indirekten Einfluß der sechs ausgeschlossenen Genossen. Die Herren vom Vorstand hatten wohl geglaubt, wenn sie die Opposition ausschließen, dann haben sie Ruhe in ihrem Verein. Sie haben sich getäuscht. Am Donnerstag standen die Ausgeschlossenen vor dem Gewerkschaftshaus und verteilten Zeitungen und Einladungen für eine Versammlung der Opposition. Darüber gab es natürlich im Vereinsabend große Aufregung. Der Vorstand erklärte gewichtig, daß alle, die zur Versammlung der Opposition gehen, sofort ausgeschlossen werden. Also man will die Naturfreunde noch weiter spalten. Dabei reden diese Patentsozialisten eine sehr feine Sprache. Bernard verstieg sich zu der Aeußerung, daß endlich Schluß gemacht werden müsse mit der Schweinereipolitik der Spalter, und meinte damit die Ausgeschlossenen.

Genossen Naturfreunde, seht euch diese Leute genau an, merkt euch, wie sie gegen ehrliche Arbeiter vorgehen. Laßt euch nicht einschüchtern vom Vorstand. Kommt zur Versammlung der Opposition heute, Michaelisstraße 36.

Fanal Ost I gegen Fanal Nord I 4:3 (1:2)

Nachdem die 2. Mannschaften beider Vereine unentschieden (3:3) spielten, was an dem unentschlossenen Sturm beiderseits lag, da genug Torchancen da waren, stellten sich dem Ersatzschiedsrichter die 1. Mannschaften zu einem Freundschaftsspiel. Leider sah das Ende des Spiels nicht nach Freundschaft aus. Derartige Undisziplin muß vom Vorstand ausgemerzt werden. Ebenso muß der Schiedsrichter Haase (Fichte) vom Spielausschuß endlich mal belehrt werden, daß ihm bei uns kein Auto gestellt werden kann, und wir fordern strenge Bestrafung für sein wiederholtes Fehlen. Zum Spiel selbst:

Beide Mannschaften werden stark vom Wind in ihrer Entfaltung behindert. Man sieht zwei gleichwertige Gegner, die Angriff auf Angriff unternehmen. Nord geht durch Linksaußen ungehindert in Führung. Drei Minuten später macht der linke Läufer von Ost Hand, und der Elfmeter wird zum 2. Tor verwandelt. Eine Ecke für Ost stellt das Resultat auf 2:1. Halbzeit dasselbe offene Spiel. Eine Flanke des Rechtsaußen landet im Tor und zieht gleich. Im weiteren Verlauf gelingt es jeder Mannschaft, noch ein Tor zu erzielen. Fünf Minuten vor Schluß landet ein scharfer Schuß von Ost an der Torlatte. Die Zuschauer schreien Tor, und der Schiedsrichter gibt Tor?? Ob's recht war, bleibt dahingestellt. Auf diesen Vorfall rennen drei Spieler von Nord vom Spielfeld, wodurch der ganze Eindruck des sonst schönen Spieles zerstört wurde.

Rot-Weiß I gegen Dynamo I 5:0

Obige Gegner trafen auf dem Vorwärts-Platz zusammen. Die zahlreichen Zuschauer sahen hier ein technisch schönes Spiel, und war es Rot-Weiß, welches die besseren Gesamtleistungen vollbrachte. Das hohe Resultat entspricht nicht ganz dem Stärkeverhältnis beider Mannschaften, doch muß festgestellt werden, daß Rot-Weiß der bessere war.

Vor diesem Spiel trafen sich die 2. Mannschaften obiger Vereine und siegte auch hier Rot-Weiß nach überlegenem Spiel mit 7:1.

Stadttheater.

„Der liebe Augustin." Diese Vorkriegsoperette ist durch die Zeit nicht kurzweiliger geworden. Wir wollen diese verschuldeten Balkanfürsten, deren ganze Lebensaufgabe sich im Besuch von Nachtlokalen zu erschöpfen scheint, und die sich durch reiche Heiraten wieder rangieren, nicht mehr sehen. Melodiös ist die Musik Leo Falls mit dem bekannten Hauptschlager „Und der Himmel hängt voller Geigen", aber das ist doch nicht genug, um diese blasse Operette wieder aufzuwärmen, zumal in einer so mäßigen Inszenierung. Nicht einmal aus dem talentierten Komiker Dewald verstand man etwas zu machen! Dewald mußte statt eines fürstlichen Trottels eine mechanische Puppe spielen, die peinlich wirkte. Nett wie immer Anny Kunze als Anna. Warum der Kammerdiener ein penetrantes Hamburgisch sprechen muß, bleibt Geheimnis des Regisseurs. Eine komische Type: Rollé als Fürst Bogumil, eine Kreuzung zwischen Mac Mahon und... (ach so, das darf man ja wohl wegen der Notverordnung nicht sagen). Devregaard als Augustin singt gut, bleibt aber darstellerisch sehr hölzern. Mu.

Lobe-Theater

„Nora" von Ibsen. Es bleibt uns nichts erspart: Anstatt bei dieser tropischen Glut spritzige Kurzweil zu servieren oder saftige Stücke wie den „Datterich" oder die „Pioniere von Ingolstadt", quält man uns mit dickblütigen Problemstücken von Ibsen, in denen mit nordischer Gründlichkeit „Probleme" durchgewalkt werden, die keine sind. Wir haben wahrhaftig andere Sorgen heute. Wenn auch der rauschende Vollbart Ibsens wildgewordenen Staatsparteigemütern immer noch prachtvoll erscheinen mag —, wir können ihn jedenfalls nicht mehr ertragen. Und so wurde das umständliche Deklamieren mühsam erflügelter Moralmaximen von der Bühne des Lobe-Theaters herunter zu einer wahren Nervenfolter, zumal es der Regisseur Barnay darauf angelegt hatte, besagten Vollbart in seiner ganzen patriarchalischen Würde rauschen zu lassen. — In dem Stück verabschiedeten sich vom Breslauer Publikum Käte Gold, Therese Thiessen und Herr Richter. Frau Gold war leicht, lieb und duftig wie immer, Fräulein Thiessen konnte eine verblaßte Sache nicht mit Leben erfüllen, und Herr Richter hatte auch keine sehr dankbare Rolle, schade, denn Herr Richter hat in vielen Aufführungen gezeigt, daß er ein Schauspieler ist, der das Publikum in seinen Bann zu ziehen versteht. — Man sollte Ibsen nur noch bei Demokratentagungen als Festvorstellungen geben! Von wegen der „Proppleme"! Freiheit!

muscha.

Gloriapalast

„Das Geheimnis der Drei." Ein Kriminalfilm, sehr flüssig gemacht, gut photographiert, spannend bis zum Schluß. Sehr wirksam auch die humoristischen Akzente. Nur ist auch hier leider wieder die Szenerie zu pompös. Drei junge unbekannte Künstler, die erst durch einen Trick-Skandal bekannt werden wollen, können unmöglich derartig bombastische Appartements bewohnen. Von diesem Mangel abgesehen, kann man an dem Film durchaus seine Freude haben, zumal eine ganze Reihe bedeutender Darsteller mitwirkt. An der Spitze Walter Rilla und Siegfried Arno. Im Beiprogramm eine amüsante Micky-Maus-Groteske, ein Kurzfilm, in dem der öde Schulbetrieb viel lebensnaher dargestellt wird, wie im „Blauen Engel" und wo ein vertrockneter Pauker so unbarmherzig seziert wird, daß man erstaunt ist, daß die liebe Filmzensur hier nicht die Schere ansetzte, weil durch den Film doch das „Ansehen eines Berufsstandes", nämlich der Oberlehrerschaft, „herabgesetzt" wird. Endlich noch eine Wochenschau, wo es vor Paraden nur so wimmelt und fast in jedem Bild Hindenburg auftritt. Man kann diese Art Wochenschau schon nicht mehr sehen.

Wappenhof-Varietee

Daß die Direktion des Wappenhof-Varietés auch diesmal in der Auswahl ihres Juni-Programms einen glücklichen Griff getan hat, beweist das allabendlich vollbesetzte Haus, und der oft nicht endenwollende Beifall, den das Publikum reichlich spendet. Ganz Hervorragendes leisten „2 Heliopas" in rhythmisch-gymnastischen Darbietungen. Ebenso „4 Romanis, die Musikalattraktion", 3 Damen und 1 Herr, die uns auf den verschiedensten Instrumenten ihr musikalisches Können zu Gehör bringen. Das beste aber bringt das Mollow-Ballett, das sowohl durch fabelhaftes Können, wie durch die Vielseitigkeit ihres licht- und farbenfrohen Programms Aufsehen erregt. Ein Traum im Puppenladen, eine Tanzpantomime von Egon Mollow, ist wohl das beste, was man hier auf diesem Gebiet zu sehen bekam. Zu erwähnen sind noch das Gesangsphänomen Ermetto Lazzaroni sowie der beliebte Komiker Fritz Heiter, der gemeinsam mit Adolf Hartley und einer kleinen, reizenden Sängerin in einem Sketsch „Alles für fünfzig Pfennige" das Haus in schallende Heiterkeit versetzt. Alles in allem ein angenehmer, unterhaltungsreicher Abend, ein Programm, das man gesehen haben muß.

Kr.

Hallo! Unterbezirks- und Ortsleitungen

Werktätige, schart euch um die kommunistische Presse!

Unterbezirks-Konferenzen im:

UB. Breslau-Stadt: Montag, den 8. Juni, 20 Uhr in allen Stadtteilen.

UB. Ohlau-Brieg: Dienstag, den 9. Juni, 20 Uhr, in Ohlau. Referent: Genosse Callam, Breslau.

UB. Schweidnitz: Dienstag, den 9. Juni, 20 Uhr, in Schweidnitz. Referent: Reichel-Langenbielau.

UB. Liegnitz: Dienstag, den 9. Juni, 20 Uhr, in Liegnitz, Parkstraße. Referent: Artur Müller.

UB. Landeshut: Mittwoch, den 10. Juni, 20 Uhr, in Landeshut. Referent: Reichel-Langenbielau.

UB. Bunzlau: Mittwoch, den 10. Juni, 20 Uhr, in Bunzlau. Referent: Geyer-Liegnitz.

Zu erscheinen haben Pol- und Agitpropleiter, Zeitungsobleute, Arbeiterkorrespondenten sowie Austräger der Zeitung. Fahrgeld bis zum Tagungslokal wird zurückerstattet.

Bezirksleitung Schlesien der KPD.
Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H.

Verantwortlich für die 1. und 2. Hauptseite, Provinz und Lokales: Nitsche, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Karl Freitzner, Berlin. — Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau.

Wie ich auf einfache und natürliche Weise von meinem sehr schweren

Kropf

leiden ohne Operation u. Arbeitsunterbrechg. rasch geheilt wurde, teile ich aus Dankbarkeit jedem Kropfkranken gerne kostenlos und unverbindlich mit.

Frau H. Berger, München S. 7, Mathr. 25

Genosse u. Genossin

kauft nur bei den Geschäftsleuten die in der „Arbeiter-Zeitung" inserieren!

Rund um den Erdball

Kölner Abtreibungsprozeß enthüllt furchtbares Bild der Not

Zwei Hausangestellte zu Tode operiert

Kölner Arbeiterinnen durch den Mordparagraphen 218 in die Hände einer Kurpfuscherin getrieben

Köln, 8. Juni. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich eine Hebamme aus Köln zu verantworten, durch deren unsachgemäße Behandlung zwei junge Hausangestellte unter entsetzlichen Qualen zu Tode „operiert" worden waren. Außerdem hat sich die Angeklagte durch fünf weitere gewerbsmäßige Abtreibungen gegen den Mordparagraphen vergangen. Mitangeklagt sind drei Frauen, denen sie geholfen hat, und drei Männer, die durch Rat und Tat Beihilfe geleistet haben.

Die Verhandlung offenbarte wieder einmal mit empörender Eindringlichkeit, wie gerade immer wieder nur die Arbeiterinnen durch den schändlichen kulturfaschistischen Paragraphen gezwungen werden, in der schwersten Stunde ihres Lebens die zweifelhafte Hilfe einer weisen Frau in Anspruch zu nehmen. Die angeklagte Hebamme, die ein umfassendes Geständnis ablegte, mußte im Jahre 1929 ihren Beruf aufgeben, da sie wegen einer verbotenen Abtreibung ins Gefängnis kam. Gefragt, warum sie trotz der Bestrafung sich wieder in Gefahr begeben hätte, antwortete sie wörtlich: „Was will man machen, wenn die Leute wissen, daß man als Hebamme einmal in eine solche Sache verwickelt war, spricht sich das rasch herum."

Im weiteren Verlauf der Verhandlung muß die Angeklagte zugeben, daß sie den verzweifelten Mädchen und Frauen für ihre Hilfe 50 bis 60 Mark abverlangt hat, in einem Fall sogar noch mehr. Erschütternd war die Vernehmung der jungen Zeugin, die durch die Not und ihre grenzenlose Verzweiflung zu der Kurfuscherin getrieben wurde. Die Eltern wohnten auf dem Lande und durften von der Schwangerschaft ihrer Tochter nichts wissen. Das Elternhaus war ihr daher versperrt. In ihrer Not opferte sie dann ihre kärglichen Ersparnisse. Einige Monate später vermittelte sie einer Freundin die „Hilfe" der Angeklagten. Drei Tage nach dem Eingriff starb diese Freundin an den Folgen der Operation, für die sie 60 Mark gezahlt hatte.

Der zweite Todesfall der Angeklagten geschah einige Wochen später. Und zwar handelte es sich um eine junge Frau, die acht Tage vor ihrer Hochzeit stand. Diese Frau gab der Hebamme an, sie sei erst drei Monate schwanger. In Wirklichkeit waren es aber bereits sechs Monate. Was unter diesen Umständen kommen mußte, geschah. Am Sonntagnachmittag wurde sie operiert und am Dienstagabend starb die Frau unter den gräßlichsten Qualen.

Gewiß werden die moralgeschwollenen Klassenrichter im Zentrum des rheinischen Katholizismus die ganze Schwere des Gesetzes auf die angeklagte Kurpfuscherin niedersausen lassen. Und auch die drei mitangeklagten Frauen, die also zufällig nicht an den Folgen der unsachgemäßen Abtreibung gestorben sind, und deren Männer werden die Auswirkungen des Schandparagraphen zu spüren bekommen.

Wieviel Opfer wird dieser mörderische, nicht nur allein von der Arbeiterschaft bekämpfte Schandparagraph noch fordern, bis es endlich gelungen ist, ihm mit dem ganzen anderen Paragraphenwust der kapitalistischen Klassenjustiz zu beseitigen?

Drei Kinder getötet

Mit durchgehenden Pferden auf der Todesfahrt

Nürnberg, 8. Juni. In der Nähe des Eifelortes Büchel ereignete sich ein entsetzliches Unglück, das den Tod dreier Kinder zur Folge hatte. Ein Landwirt befand sich mit seinen drei noch nicht schulpflichtigen Kindern auf dem Felde, als plötzlich die Pferde mit dem Fuhrwerk durchgingen, auf dem die Kinder saßen. Sie wurden vom Wagen geschleudert und getötet.

Mit Gasmaske und MG.

Im Rahmen eines bürgerlichen Sportfestes wurde in Berlin auch Hindernislaufen mit schweren Maschinengewehren unter Benutzung von Gasmasken und Rauchbomben gezeigt. Unser Bild hält einen Augenblick dieses Bürgerkriegsportes fest

...und wo studieren deine Söhne, deutscher Bauer?

Agrar-Hochschule für Wolgadeutsche

Nur im Sowjetvölkerbund ist jede Nation gleichberechtigt

Der Wolgadeutsche Pressedienst meldet: In Pokrowsk wird in kürze auf Beschluß der Moskauer Zentralregierung eine Deutsche Landwirtschaftliche Hochschule eröffnet werden, die die sämtlichen deutschsprachigen Gebiete der Sowjetunion — vor allem die Wolgadeutsche Republik sowie die deutschen Rayone im Kaukasus, in der Ukraine und Sibirien — mit Agronomen versorgen soll.

Bei voller Entfaltung der Arbeit wird die Hochschule achthundert Studenten aufnehmen können. Es werden an ihr zwei Fakultäten, und zwar für Getreidewirtschaft und Viehzucht, bestehen. Der Studiengang umfaßt drei bis vier Jahre. Der Lehrplan enthält neben den allgemeintechnischen und spezial-technischen sowie agronomisch-organisatorischen Disziplinen auch die gesellschaftlich-politischen Wissenschaften. Für die Hochschule wird im Pokrowsker Vorstadtgebiet ein neues Gebäude errichtet, das im kommenden Jahr bezugsfertig sein soll. Die Hochschule wird u. a. über ein Versuchsfeld und über mehrere Viehherden verfügen.

Mit der Eröffnung dieser Hochschule zeigt die Sowjetregierung wieder einmal, wie ernst sie es mit der Durchführung ihrer Nationalitätenpolitik nimmt. Während der Zarismus stets bemüht war, nicht nur keine neuen deutschen Schulen zu eröffnen, sondern auch die bestehenden zu schließen, ja, die deutsche Sprache nicht nur ganz aus den Lehranstalten zu vertreiben, sondern sie überhaupt zu verbieten, unternimmt die Sowjetregierung alles in ihren Kräften stehende, um der deutschen Bevölkerung in den verschiedenen Gebieten des Sowjetbundes die Möglichkeit zu geben, sich ihre deutschen Spezialisten heranzubilden.

Das geschieht also für die Deutschen unter dem viel verlästerten Sowjetregime. Und deine Söhne, deutscher Bauer, kannst du sie auch auf landwirtschaftlichen Hochschulen studieren lassen?

Neubauten ...

Da betrachten sich zwei Baukapitalisten, nachdem die Arbeiter Feierabend gemacht haben, ihren neuesten Neubau. Sagt plötzlich der eine zum anderen: „Geh doch mal oben ins Nebenzimmer und horch, ob die Wand schalldicht ist. Ich werd hier 'n paar Worte sprechen." —

„Rhabarbarrabarbarrabarbar. . . . ."

Als der andere zurückkommt, fragt der Rhabarbermann: „Na, wie war's, hast du mich gehört?"

„Was heißt gehört. Gesehen hab ich dich!"

Die Indianer gehen!

Im amerikanischen Teil der Internationalen Kolonialausstellung gastiert eine Indianermusikkapelle als Anreißertruppe. Die Rothäute zeigen sich natürlich in ihrer Kriegsausrüstung, die das Publikum noch mehr anzieht als die Musik. Den armen Indianern ist aber die geldliche Unterstützung von amerikanischer Seite ausgeblieben, so daß sie der Ausstellungsleitung nun ihre Abreise erklärten.

Chinesische Wollhandkrabbe in der Oder

In der Oder wurde von einem Fischer in einer Aalreuse die erste Wollhandkrabbe gefangen. Demnach scheint sich dieser gefährliche chinesische Schädling auch in der Oder auszubreiten.

Deutscher Dirigent für Leningrader Oper

Der deutsche Dirigent Professor Julius Ehrlich ist von der Sowjetregierung zum Leiter der Staatlichen Oper in Leningrad ernannt worden. Weitere deutsche Künstler sollen nach der Sowjetunion berufen werden.

Riesenbrand in einer amerikanischen Stadt

In Norfolk (Virginia) brach ein Feuer aus, das sich mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete und mehrere Straßenzüge mit zahlreichen Geschäfts- und Lagerhäusern vernichtete.

Böses Ende eines Streites

Im Tierpark Hellabrunn-München wurde ein Elefant von einem anderen Dickhäuter im Streit so gestoßen, daß er in den Graben stürzte, der den Elefanten von der Freiheit trennt. Das Tier konnte sich nicht aus seiner Lage befreien, da es an den glatten Wänden ausrutschte. Erst der Feuerwehr gelang es, das Tier mit mehreren Flaschenzügen herauszuziehen

Furchtbares Eisenbahnunglück in Oberschlesien

Zwei Züge ineinandergerast

Lokomotivführer getötet — 26 Arbeiterturner verletzt

Beuthen, 8. Juni. In den späten Abendstunden des Sonntag fuhren auf der Bahnstrecke Beuthen-Brynek am Ausgang von Pilzendorf zwei Personenzüge mit voller Wucht zusammen. Dabei wurden 12 Personen schwer und 15 leicht verletzt. Besonders schwer sind die Verletzungen des Lokomotivpersonals und einiger Reisenden aus den ersten Wagen.

Der Lokomotivführer konnte erst eine Dreiviertelstunde nach dem Zusammenstoß aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. Die Maschinen, Tender und die ersten Wagen der beiden Züge wurden stark beschädigt. Bald nach dem Unfall trafen ein Hilfszug der Reichsbahn sowie zahlreiche Feuerwehren und Sanitätskolonnen an der Unfallstelle ein. Die Schwerverletzten wurden durch Polizeikraftwagen in das Knappschaftslazarett Rokittnitz gebracht. Die Leichtverletzten, zumeist von einem Turnfest heimkehrende Arbeitersportler, fanden zunächst Aufnahme im Hilfzug.

Die Strecke Mikultschütz — Brynek ist ein neugebautes eingleisiges Verbindungsstück für die Nebenbahn Beuthen—Kreuzburg, die gebaut worden war, weil ein Teil der alten Linie Beuthen—Kreuzburg durch die neue polnische Grenze zerschnitten wird.

Schuld an dem Unglück hat nach offizieller Meldung angeblich der Lokomotivführer, der kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus verstorben ist. Er sollte eigentlich auf der Station Gegenzug erst auf der nächsten Station zu erreichen und fuhr Wießowa auf den Gegenzug warten, glaubte aber, den ohne Abfahrtsignal los.

Am Wochenende:

Der neue „Rote Stern"

Großformat / Verstärkter Umfang / In Zukunft alle 14 Tage / Werbt neue Leser

Vorwärts unter dem Banner der Komintern!

Rede des Genossen Ernst Thälmann auf der Plenartagung des Zentralkomitees

In der politischen Diskussion zum Referat über das XI. Plenum des EKKI. ergriff Genosse Ernst Thälmann das Wort. Wir veröffentlichen nachstehend Auszüge aus dieser Rede, in der der Führer der KPD. die Arbeit unserer Partei einer scharfen bolschewistischen Selbstkritik unterzog und die wichtigsten Aufgaben klar herausarbeitete:

Die Beschlüsse des XI. Plenums des EKKI. sind von großer politischer Bedeutung für alle Sektionen der Komintern. Auf dem X. Plenum 1929 kündigte die Komintern den Beginn der Weltwirtschaftskrise an. Im April 1931, auf dem XI. Plenum, brauchen wir nicht mehr über den Beginn der Weltwirtschaftskrise zu sprechen, sondern können die Tatsache konstatieren, daß alle kapitalistischen Länder von der Krise betroffen sind, daß in fast allen kapitalistischen Ländern aber gleichzeitig der revolutionäre Aufschwung vor sich geht. Die Bedeutung dieses Plenums des EKKI. liegt eben darin, daß auf dieser Tagung der ganze Komplex der Fragen: einerseits Verschärfung der Wirtschaftskrise des Kapitalismus im Weltmaßstabe, andererseits demgegenüber der kolossale Aufstieg des Sozialismus in der Sowjetunion und der revolutionäre Aufschwung in allen kapitalistischen, kolonialen und halbkolonialen Ländern, konkret behandelt und geklärt wurde.

Die Bedeutung des XI. Plenums

Auf dem XI. Plenum standen u. a. folgende wichtigste Hauptfragen:

1. Die Krise des kapitalistischen Weltsystems und die großen internationalen Zusammenhänge bei der Durchführung des Fünfjahrplans; d. h. die historische Tatsache — wie der Genosse Stalin auf dem letzten Parteitag der KPdSU. sagte — daß wir in der Sowjetunion in die Periode des Sozialismus eingetreten sind;

2. die neuen Erscheinungen und Probleme in der jetzigen Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution in China;

3. die Entwicklung des Faschismus und die Gegenoffensive des Proletariats im Zusammenhang mit der steigenden Krise des Faschismus im Weltmaßstabe;

4. die Veränderung in der Fragestellung des Kampfes gegen die imperialistische Kriegsgefahr, die bedingt ist durch die Veränderung der Situation, wie sie seit dem 6. Weltkongreß bis zum XI. Plenum eingetreten ist.

Bei dieser letzten Hauptfrage müssen wir die falsche Stellungnahme Bucharins auf dem 6. Weltkongreß mit aller Schärfe bekämpfen, daß nur nach einem neuen Krieg die Revolution siegreich sein werde, ohne aber die Verschärfung der inneren Gegensätze in den kapitalistischen Ländern zu erkennen. Spanien ist ein wichtiges Beispiel dafür, daß diese Theorie falsch ist. Von größter Bedeutung ist es, daß wir solche pessimistischen Auffassungen nicht aufkommen lassen, als ob man auf den imperialistischen Krieg warten müsse, um dann die Revolution durchzuführen.

Die Probleme der chinesischen Revolution

Was ist das Eigenartigste in der Entwicklung der chinesischen Revolution? Im ersten Stadium begann die Revolution im Industriegebiet, im zweiten Stadium, in dem wir jetzt stehen, ist sie am stärksten verankert im rückständigen agrarischen Gebiet. In Schanghai, Peking, Kanton dagegen bestehen heute große Schwächen unserer Parteiarbeit. Auf dem Gebiet der Erwerbslosenarbeit, der Frauenarbeit, der Arbeit in den gelben Gewerkschaften, der Förderung der roten Verbände, gibt es schwere Fehler unserer chinesischen Bruderpartei. Von der raschen Korrigierung dieser Fehler hängt das Tempo des Kampfes für das **Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution in China zur proletarischen Revolution im wesentlichen ab.**

Wenn wir die gewaltige internationale Bedeutung der chinesischen Revolution und aller kolonialen Revolutionen berücksichtigen, müssen wir sagen, daß den kommunistischen Parteien in den sogenannten imperialistischen Mutterländern, in England, Frankreich und Amerika große Vorwürfe gemacht werden müssen. Bei besserer Massenarbeit und kühnerem Kampf gegen ihren eigenen Imperialismus wäre es der Bourgeoisie dieser Länder nicht möglich, in dem Maße, wie es geschieht, die imperialistischen Kräfte gegen die chinesische Revolution zu führen. Aber auch die deutsche Partei und die übrigen Parteien haben Versäumnisse auf diesem Gebiet. Man muß aussprechen, daß wir nicht genügend die große Bedeutung der chinesischen Revolution bei der Beschleunigung des revolutionären Aufschwungs im Zusammenhang mit der Krise des kapitalistischen Systems erkannt haben und infolgedessen nicht genügend die internationale revolutionäre Pflicht gegenüber der chinesischen Revolution erfüllten. Dies müssen wir sofort ändern.

Die Krise des Faschismus im Weltmaßstab

Eine ganze Reihe von Tatsachen liegt vor, auf Grund deren wir von einer Krise des Faschismus im Weltmaßstabe schon sprechen können. Nehmen wir Spanien, wo es zu einer großen Volksbewegung gegen den Faschismus, gegen das militärische Terrorsystem kam. Nehmen wir Oesterreich, wo die Heimwehren durch die jesuitische, geschickte Politik von Schober in sich zerfielen, usw. ebenfalls Zeichen für die Krise des Faschismus vorhanden sind. Oder als drittes Beispiel Italien. Die Staatsverschuldung Italiens von 22 Milliarden Mark, der Fehlbetrag im inneren Staatsbudget, dazu die fortgesetzten Lohnreduzierungen, die Bauernrevolten und Unruhen in Süditalien, die Kapitulationen Mussolinis in der Außenpolitik, die Tatsache, daß die italienische Bourgeoisie jetzt bei den Finanzkapitalisten der ganzen Welt um Kredite bettelt, — das alles sind deutliche Anzeichen, daß auch in Italien die Krise des Faschismus in Erscheinung treten wird.

Wenn wir in Deutschland die Lage des Faschismus überprüfen, so müssen wir ausgehen von unserer strategischen Wendung, die wir nach dem Hinauswurf der Sozialdemokraten aus der Regierung begannen. Bei uns gab es damals Genossen, wie Merker, die nicht glaubten, daß die Bourgeoisie der Sozialdemokratie einen Fußtritt gegeben hat. Diese Genossen gerieten ins Gefolge der sozialdemokratischen Ideologie, wonach das Ausscheiden der SPD. aus der Regierung ein parlamentarisches Versehen oder ein Manöver der SPD. sei.

Als wir auf dem Weddinger Parteitag von der Faschisierung des kapitalistischen Staats und der Klassenherrschaft sprachen, kämpften die Versöhnler, die Gruppe Ewert-Eberlein gegen diese Einschätzung an. Heute werden sie selbst über ihre Dummheit lachen. Der Genosse Merker bezog später vom umgekehrten Standpunkt aus eine ähnliche Linie. Er verstand nicht, daß der Fußtritt für die SPD. die Verschärfung der Faschisierung bildete, und daß die Partei mit Recht die neuen faschistischen Keime signalisierte. Er verstand nicht, daß der Hinauswurf der Sozialdemokratie aus der Regierung nicht ausschließt, daß sie nach wie vor die wichtigste Stütze der Bourgeoisie blieb. Ohne die richtige Fragestellung des Hinauswurfs der Sozialdemokratie aus der Regierung hätten wir die nächste Etappe unserer strategischen Wendung im vergangenen Dezember, als wir die Frage der faschistischen Diktatur aufrollten, nicht möglich machen können.

Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland

Wenn wir die Entwicklung in den letzten Monaten nehmen, die neuen Notverordnungen, das Ausnahmegesetz für die Kommunistische Partei usw. — was wäre geschehen, was hätten wir heute für eine Position, wenn wir nicht unsere strategische Wendung im Dezember vollzogen und den faschistischen Kurs der Brüningregierung rechtzeitig aufgezeigt hätten? In einem Lande wie Deutschland mit so starkem Industrieproletariat kann die Bourgeoisie die faschistische Diktatur nicht durchführen, ohne Teile der Arbeiterklasse in diesen Prozeß mit hineinzudrängen. Wenn wir unsere große strategische Wendung nicht durchgeführt hätten, wäre es schwerer und unmöglich gewesen, den Einbruch der Nazis in die Arbeiterklasse zu verhindern, und es wäre uns genau so gegangen wie einigen anderen Parteien in der Vergangenheit. Ich erinnere an die polnische Partei gegenüber dem Pilsudski-Putsch im Jahre 1926, an die Vorgänge in Oesterreich oder an die finnische Bruderpartei, die von der Entwicklung des Lappofaschismus überrascht wurde und einen großen Tempoverlust erlitt. Es ist ein Verdienst unserer Partei, daß sie im Dezember und besonders auf dem Januar-Plenum den Prozeß der Faschisierung klar aufzeigte.

Die 2. Internationale und die deutsche Sozialdemokratie versuchen ihre arbeiterverräterische Politik des „kleineren Uebels" vor den Massen dadurch zu verteidigen, daß sie die bürgerliche Demokratie dem Faschismus als prinzipiell gegensätzlich gegenüberstellen. Wenn wir jedoch die Tatsache ins Auge fassen, daß unter dem Deckmantel der bürgerlichen Demokratie, wie unter dem Faschismus der Klasseninhalt, die Diktatur des Finanzkapitals, unverändert bestehen bleibt, zeigt sich sofort der elende Schwindel der Sozialdemokratie. Eine richtige Charakterisierung der Brüningregierung ist deshalb von größter Bedeutung für unseren Kampf sowohl gegen den Faschismus, wie gegen die Sozialdemokratie.

Bürgerliche Demokratie und Faschismus — zwei Seiten derselben Sache

Nehmen wir die Resolution des EKKI. zur Frage des Faschismus. Es heißt dort:

„Das Wachstum des Faschismus in der letzten Zeit war nur möglich auf der Grundlage der im Laufe der Nachkriegsperiode durch die internationale Sozialdemokratie erfolgten Unterstützung der Diktatur der Bourgeoisie, unabhängig von ihren Formen. Die Sozialdemokratie, die durch die Konstruierung eines Gegensatzes zwischen der „demokratischen" Form der Diktatur der Bourgeoisie und dem Faschismus die Wachsamkeit der Massen im Kampf gegen die heranziehende politische Reaktion und gegen den Faschismus einschläfert und die das konterrevolutionäre Wesen der bürgerlichen Demokratie als einer Form der Diktatur der Bourgeoisie verhüllt, ist der aktivste Faktor und Schrittmacher der Faschisierung der kapitalistischen Staaten."

Im Zusammenhang mit dieser Frage eine andere: Trifft es zu, daß in sozialdemokratischen Kreisen und darüber hinaus Auffassungen bestehen, wonach die Preußenregierung besser als die Brüningregierung sei? Wenn das stimmt, dann müssen wir besonders ernsthaft die Feststellung treffen, daß zu der Zeit des Stahlhelmvolksbegehrens unsere Partei nicht ihre Pflicht getan hat. Hätte sie in der Linie unseres Aufrufs zur Volksaktion gegen Preußenregierung, Brüningdiktatur und Faschismus klar und offensiv gekämpft, hätte sie dann nicht verhindern können, daß das Volksbegehren erfolgreich war? Aber wir waren in dieser Kampagne nicht aktiv genug.

Wirkliche Ausnutzung der Beschlüsse des ZK.

In diesem Zusammenhang noch eine andere Frage. Ueberprüfen wir die Beschlüsse unseres Januar-Plenums des Zentralkomitees. Jeder Genosse soll die Frage beantworten, inwieweit wir die wichtigen Beschlüsse durchgeführt haben. Gab es Fehler in der Generallinie? Keineswegs! Beschlüsse, die ein Zentralkomitee nach einer gründlichen Vorbereitung faßt, Beschlüsse, die die Probleme richtig ergründen, die die richtigen Aufgaben stellen, an denen die Führung kollektiv wochenlang arbeitete, — solche bedeutsamen Beschlüsse müssen für die Partei das glänzendste Werkzeug im Kampf gegen alle ihre Klassengegner sein.

Ueberlegt euch einmal, wenn eine andere Partei ein solches geistige Rüstzeug hätte wie unsere. Schon am 17. September v. J., drei Tage nach den Reichstagswahlen, zeigten wir eine einwandfreie Perspektive und völlig klare politische Linie auf, eine richtige Beurteilung der Klassenkräfte. Unsere Partei hat mit ihrer Generallinie und ihrer richtigen Einschätzung der Entwicklung die Möglichkeit, getragen von einem solchen Selbstbewußtsein in ihrer Arbeit und Politik aufzutreten, wie keine andere Partei. Wen das Zentrum, die Volkspartei oder die Sozialdemokratie eine solche richtige Perspektive und solche von der Geschichte bestätigten Beschlüsse hätte, — sie würde nicht eine Minute darauf verzichten, sie bekanntzugeben zu popularisieren.

Unsere Presse versagt leider auf diesem Gebiet, statt mit den Tatsachen unserer Generallinie, unserer Resolutionen, unserer Erfolge die Autorität der Gesamtpartei und besonders der Führung zu stärken. Seht euch die KPSU. an. Sie verteidigt mit lebendiger Energie, mit Liebe und Freude ihre Beschlüsse. Wenn unsere Tagespresse diese Aufgabe besser löste, würde das zugleich auch die beste Schulung für unsere Mitglieder und Funktionäre und eine merkliche Hebung des geistigen Niveaus der Partei und der Massen bedeuten.

Die Entwicklung der Krise in Deutschland

Wenn wir die Zeit vom X. bis zum XI. Plenum überprüfen, so finden wir, daß fast alle Parteien den Begriff der „politischen Krise" benutzten. In den Beratungen auf dem XI. Plenum überzeugten wir uns davon, daß diese Kennzeichnung „politische Krise" überflüssig ist. Wenn z. B. eine Bruderpartei, weil ein kommunistischer Bürgermeister nicht bestätigt wird, von der politischen Krise spricht, so ist das nur ein Beispiel für die falsche Anwendung einer solchen Bezeichnung der Lage. Eine Korrektur war unbedingt erforderlich. Wenn wir die Resolution des XI. Plenums studieren, so glaube ich, daß es uns gelungen ist, eine vollkommen einwandfreie Formulierung zu finden. Gegenüber der viel zu systematischen Anwendung der Bezeichnung „politische Krise" als einer bestimmten Etappe ist in den Formulierungen der Resolution der Prozeß gezeigt, wie aus der ökonomischen Krise die Voraussetzungen einer revolutionären Krise entstehen. Für Deutschland heißt es in der Resolution folgendermaßen:

„Die ökonomische Krise in Deutschland führt zu einer außerordentlichen Verschärfung der Klassenkämpfe und zu wachsenden politischen Erschütterungen, was die Steigerung der Voraussetzungen einer revolutionären Krise beschleunigt."

Das ist die richtige Analyse der gegenwärtigen Situation in Deutschland. Die Entwicklung seit der Tagung unseres ZK. im Januar hat unsere damaligen Formulierungen, wo wir schon von Tendenzen der revolutionären Krise sprachen, vollauf bestätigt. In unserer Resolution über die Beschlüsse der Komintern heißt es nunmehr, daß die Voraussetzungen der revolutionären Krise in beschleunigtem Tempo wachsen. Die tatsächlichen Erscheinungen in der Wirtschaft, auch hinsichtlich der Millionenerwerbslosigkeit und auf allen anderen Gebieten, geben unserer Perspektive recht. Die Entwicklung zwingt bereits die Bourgeoisie selbst, Alarmrufe auszustoßen. Keine Anzeichen einer konjunkturellen Besserung zeigen sich, nicht einmal Erscheinungen der wirtschaftlichen Stagnation. Im Gegenteil, mit der ganzen Weltwirtschaftskrise wird sich die Lage in Deutschland weiter wesentlich verschärfen. Aus allen diesen Tatsachen und Schwierigkeiten erwächst die Hungerpolitik der Bourgeoisie, deren neueste Etappe das bevorstehende Brüningsche „Sparprogramm" ist.

Gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde die Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit!

Obwohl wir die neue Notverordnung noch nicht kennen, so ist doch schon klar, daß die Verelendung der breiten werktätigen Massen durch sie weiter beschleunigt wird, daß sie sensationelle Ueberraschungen auf der Linie des Hungerkurses der Bourgeoisie und der Volksfeinde bringt. Es ist klar, daß wir demgegenüber einen Schlüssel finden müssen, der zur Gegenoffensive gegen die Hungeraktion führt, und der unsere Partei und die werktätigen Volksmassen zur Erkenntnis der ganzen ernsten Situation bringt. Die letzte Sitzung des Politbüros und des Sekretariats des ZK. hat sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Angesichts der jetzigen Situation, in der die Bourgeoisie oder besser gesagt: alle Volksfeinde, womit auch die Sozialdemokratie und die Nationalsozialisten gekennzeichnet werden, ihre Hungeraktion durchführen, ist es notwendig, eine zusammenfassende Losung in die Massen hineinzutragen, die auch einen Aktionscharakter entsprechend der gegenwärtigen Periode trägt. Wir sind zu der Losung gekommen, der Hungeraktion aller Volksfeinde die Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit entgegenzustellen.

Wie auch das Brüningsche „Sparprogramm" im einzelnen aussehen mag, jedenfalls wird es den Ruin für die soziale Existenz von Millionen Familien bedeuten. Hier gilt es für uns, die Einzelkämpfe und Einzelaktionen auszulösen und zu führen, die wir in die Volksaktion zusammenfassen und ausmünden lassen. Dabei ist die Frage der selbständigen Durchführung von wirtschaftlichen Streiks selbstverständlich das Nächstliegende und Wichtigste. Aber gerade bei dieser Frage müssen wir wiederum mit scharfer Kritik an der Massenarbeit der Partei und der RGO. einsetzen.

Verstärkt den Kampf an innergewerkschaftlicher Front!

Wir müssen uns sehr ernst mit der Frage befassen, warum in den letzten zwei Jahren in Deutschland so wenig Streiks ausbrachen und dort, wo wir Streiks entfesselten, diese einen kurzfristigen Charakter trugen. Das gilt für die Metallarbeiterstreiks in Berlin und Nordwest und auch für den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet und Oberschlesien, wo wir die Front nur vier bis fünf Tage halten konnten. Die Ursache hierfür ist nicht nur der Druck der Kapitalsoffensive, nicht nur die Millionenerwerbslosigkeit, die Angst vor dem Verlust der eigenen Beschäftigung, die hemmend auf alle Streikbewegung wirkte, sondern auch die Frage unserer eigenen großen Schwächen.

Solange Millionen Arbeiter, Angestellte, Beamte in den freien Gewerkschaften, den christlichen oder sonstigen Verbänden von der Ideologie der reformistischen und christlichen Bürokratie erfaßt und noch beeinflußt werden, solange kann es nicht möglich sein und ist es erschwert, bedeutsame erfolgreiche Streiks durchzuführen. Und hier muß unsere Kritik mit aller Schärfe beginnen. Wir haben auf diesem Massengebiet einen großen Tempoverlust, eine Regierung und unverzeihliche Vernachlässigung der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front. Ohne die Ueberwindung dieser Hauptschwäche unserer Gewerkschaftsarbeit kann der wirkliche Aufbau und Ausbau der RGO. und der roten Verbände, und vor allem die selbständige Führung der Wirtschaftskämpfe uns nicht gelingen.

Nach einer Statistik des „Vorwärts" vom März d. J. sind im ADGB. von hundert Mitgliedern 34,4 arbeitslos. Bedenkt, Genossen, bei einem Drittel Erwerbslosigkeit unter den Mitgliedern der freien Gewerkschaften: haben wir, die einzigen, die die Interessen der Erwerbslosen sowie der Betriebsarbeiter verteidigen, unter diesen Umständen nicht die größten Möglichkeiten zur revolutionären Arbeit unter den Mitgliedern der revolutionären Verbände? Gewiß, die Ausschlußpraxis der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ist aggressiver geworden als früher. Aber demgegenüber ist auch der allgemeine Radikalisierungsprozeß der organisierten Arbeiter ein stärkerer.

Wir müssen diese Frage in unserer Partei sehr scharf stellen und unter Anwendung aller, besonders neuer taktischer Methoden unserer Arbeit in den freien Gewerkschaften verstärken. Die Siebenmillionenfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten in den verschiedenen Gewerkschaften und Verbänden dürfen wir unter keinen Umständen negieren.

Die Bedeutung der Streiks für die Verschärfung der Krise

Das, was schon auf dem letzten ZK.-Plenum im Mittelpunkt unserer Erörterungen stand, müssen wir mehr beachten: die Tatsache, daß wir durch die Stärkung des subjektiven Faktors, des Kampfes der Partei und der Massen, durch die Organisierung der Wirtschaftskämpfe usw. die Krise verschärfen können und müssen. Diese Tatsache müssen wir mehr in das Bewußtsein der Partei und der Millionenmassen hineintreiben. Es existiert eine solche Auffassung, als ob es keine Möglichkeit gäbe, einen erfolgreichen Widerstand gegen die Unternehmeroffensive zu organisieren. Nach dem Ruhrstreik und dem Streik in Oberschlesien im Januar teilte die bürgerliche Presse mit, daß die Bourgeoisie zur Zeit des Streiks 400 bis 500 Millionen Mark ins Ausland verschoben hat. Wir sehen also, wie diese Streiks, obwohl sie noch in einem beschränkten Rahmen geführt wurden, schon Unruhe auslösten und die Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems verschärften. Wenn unsere Mitgliedermassen und die Arbeiter begreifen, daß wir es in der Hand haben, durch jeden Streik, durch jede Massenaktion den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems zu beschleunigen, dann werden die Arbeiter viel leidenschaftlicher als bisher an die Organisierung der wirtschaftlich-politischen Kämpfe herangehen.

Es steht vor uns die entscheidende Frage, überall einen Guerillakrieg gegen die Kapitals- und Hungeroffensive zu entfesseln. Tausende und Zehntausende kleiner Kämpfe in den einzelnen Betrieben müssen der Arbeiterklasse durch Unterstützung der RGO. Erfolge bringen. Schon suchen die Arbeiter neben dem direkten Streik auch andere Methoden des Massenkampfes. In der Chemieindustrie gibt es Erscheinungen der passiven Resistenz. Auch hier dürfen wir nicht passiv zusehen, müssen alles für die Kämpfenden einsetzen. Nur durch solch eine aktive und offensive Taktik werden wir die Unternehmeroffensive hemmen und die Voraussetzung für erfolgreiche Kämpfe schaffen. Eine große allgemeine Schwäche ist es auch, daß wir dort, wo wir kleine, erfolgreiche Streiks geführt haben, die Erfolge zu wenig beachten und nicht genügend popularisieren.

Aktivierung der Erwerbslosenbewegung

Die zweite wichtige Frage neben den Streiks der Betriebsarbeiter sind die Aktionen der Erwerbslosen. Auch hier müssen wir die Frage stellen, ob die Partei sich genügend um die Organisierung solcher Aktionen bekümmert hat. Solche Methoden wie die Organisierung des Widerstandes bei Exmittierungen müssen angewandt werden.

Ich erinnere an solche Tatsachen wie am Niederrhein, wo die Frauen ihre Kinder im Rathaus abliefern, wenn sie keine Unterstützung bekommen. In Duisburg gingen bestimmte Schichten von Erwerbslosen, als ihnen die Auszahlung von Unterstützung verweigert wurde, in Speisewirtschaften essen oder Lebensmittel einkaufen und erklärten, die Bezahlung übernimmt das Arbeitsamt. Solche und ähnliche Beispiele gibt es zahlreich.

Es darf nicht mehr vorkommen, daß die Kommunen die Wohlfahrtsunterstützungssätze abbauen, den Jungarbeitern jede Auszahlung von Unterstützung verweigern, ohne daß die Erwerbslosen sich regen. Wie jeder Lohnkampf, bringt auch die Erwerbslosenbewegung und -demonstration neue Schwierigkeiten für die Bourgeoisie und verschärft die Krise. Die Losung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Sozialdemokratie: 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, bedeutet nichts anderes, als eine 17prozentige Verminderung des Wochenverdienstes bei steigender Arbeitsleistung, also einen neuen Lohnraub, eine neue Verelendung der Massen, eine neue Einschränkung der Massenkaufkraft.

Um die Erwerbslosenbewegung auf eine höhere Stufe zu heben, werden wir in den nächsten Tagen den Arbeitsbeschaffungsplan der KPD. veröffentlichen, der das Werkzeug für die Partei und die RGO. ist, um die Massen der Erwerbslosen organisatorisch zu festigen und sie zum Kampf, Seite an Seite mit den Betriebsarbeitern zu mobilisieren.

Die wichtigsten Aufgaben der Partei

In unserer heutigen Resolution haben wir die dringlichsten Hauptaufgaben der Partei in zwölf Punkten niedergelegt. Diese zwölf Punkte enthalten den Schlüssel für die Lösung jener Probleme, die uns aus der gegenwärtigen Situation erwachsen. Sie ergeben zugleich, welche Schwächen in unserer revolutionären Massenarbeit wir in erster Linie zu überwinden haben. Wir stellen in diesen zwölf Punkten die Frage der Organisierung der Wirtschaftskämpfe, der RGO.-Arbeit und der Arbeiter an der innergewerkschaftlichen Front. Die Stärkung und Politisierung unserer Betriebszellen, den Aufbau des revolutionären Vertrauensleutesystems und der Betriebsgruppen der RGO.; die Frage der Erwerbslosen, der Jugend, der Frauen, des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und gegen den Nationalsozialismus; die Bauernarbeit, die Arbeit unter den Angestellten, Beamten und Mittelstandsschichten, die Frage der Sozialreaktion und Kulturreaktion; schließlich das Problem unserer Massenorganisationen. Das sind die wichtigsten Knotenpunkte für die revolutionäre Politik und unsere Massenarbeit.

Auf allen diesen Gebieten haben wir neben den Erfolgen, die die Partei politisch und organisatorisch errungen hat, bestimmte Schwächen. Eine Ueberheblichkeit, daß wir vor lauter Erfolgen die Schwächen und Lücken unserer Arbeit nicht mehr sehen, dürfen wir in der Partei nicht dulden. Wir müssen die Frage an die Partei richten: welche überraschenden Erfolge könnten wir haben, wenn wir die Generallinie an allen Fronten konkretisieren würden?

Die Hauptschwächen der Partei

Nur einige Beispiele aus den letzten Wochen: Bei der Vertagung des Reichstages bis zum Herbst hat unsere Fraktion, die sonst gute Arbeit geleistet hat, geschwiegen. Damals hätten wir Obstruktion machen müssen, das war unsere Pflicht und Aufgabe, so daß man monatelang von der Partei gesprochen hätte. Jeder Arbeiter mußte sehen: die Kommunisten haben die geplanten Anschläge der Bourgeoisie vorausgesagt und deshalb am Schluß des Reichstages Obstruktion getrieben.

Oder ein anderes Beispiel: Die ungenügende Reaktion auf die spanische Revolution, ein großes Versagen. Oder auch die Vorbereitung auf den 1. Mai. Natürlich hatten wir große Erfolge am 1. Mai. Aber wir konnten viel mehr haben. Es gab auch Schwächen bei der Durchführung des politischen Massenstreiks am 1. Mai, die man klar sehen muß.

Auch im Kampf gegen die Nationalsozialisten haben wir in letzter Zeit beinahe ein gewisses Nachlassen zu verzeichnen, trotzdem wir mit Recht von dem Beginn einer Krise in der NSDAP. sprechen. Hier gilt es insbesondere, auch die Politik und Arbeit des Kampfbundes gegen den Faschismus zu konkretisieren, stärker zu unterstützen und zu verbessern.

In der Frage des Young-Planes gilt es, immer von neuem mit der schlagenden Waffe unseres Freiheitsprogramms den Massen die Kraft und Initiative der Partei zum Bewußtsein zu bringen. Aus unserer Presse ist stattdessen in letzter Zeit das Freiheitsprogramm verschwunden. Der einzige, der revolutionäre Ausweg, wird viel zu wenig von uns aufgezeigt.

Schließlich die Frage des Menschewiki-Prozesses. Statt auf Grund der Ergebnisse des Prozesses die Sozialdemokratie und die 2. Internationale immer mehr in die Enge zu treiben, haben wir ihn in Vergessenheit geraten lassen.

Als wir nach dem Weddinger Parteitag die Frauenarbeit besonders in Angriff nahmen, gab es eine große Bewegung. In den letzten Monaten sehen wir auch hier wieder eine Vernachlässigung der Arbeit.

Oder nehmen wir unsere Bauern- und Dorfpolitik, über die wir noch besonders sprechen werden. Angesichts der Agrarkrise müssen wir hier eine scharfe Wendung vollziehen. Ich erinnere an die falsche Einstellung der Partei anläßlich der Vorfälle in Schleswig-Holstein. Wir haben nicht mit genügender Klarheit von vornherein erkannt, daß jene Revolte der Bauern aus der tiefsten Not geboren, ein Ausbruch ihrer Verzweiflung ist. Wir müssen diese Bewegungen der Bauern führen, sie in ein anderes Gleis bringen und den verelendeten Bauern den wirklich revolutionären Ausweg zeigen. Wir werden deshalb ein Bauern-Hilfsprogramm aufstellen und der Oeffentlichkeit schon in diesen Tagen unterbreiten.

Schließlich zur Frage der bevorstehenden Wahlen. Ende September haben wir Wahlen in Hamburg und vielleicht in Hessen-Darmstadt, im Oktober haben wir Wahlen in Bayern. Die Preußenwahlen finden ebenfalls noch im Herbst statt. Es ist klar, daß wir sofort alle Vorkehrungen in den Bezirken treffen müssen, um bei dieser Gelegenheit die stärksten Erfolge in der revolutionären Massenorganisierung herauszuholen. Bis jetzt, Genossen, hat unser Kampf gegen die Preußenpolitik der SPD., als der wichtigsten Stütze der Brüningpolitik, unverzeihlich große Schwächen aufzuweisen.

Das innere Leben der Partei

Einige Worte zur Frage des inneren Lebens der Partei. Die Hauptgefahr ist und bleibt der rechte Opportunismus und der Opportunismus in der Praxis, die Passivität, die Tendenz, den „leichteren Weg" zu gehen, vor Schwierigkeiten auszuweichen. Daneben treten die „linken" sektiererischen Auffassungen in Erscheinung.

Hier steht auch die Frage der Funktionärkader. Zur selben Zeit, wo die Partei ihren Mitgliederstand um 80 Prozent erhöht hat, ist in der Frage der Verstärkung der Funktionärkader viel zu wenig geschehen. Es gibt an der Spitze stehende Kräfte in den Bezirken, die sich von neuen Kadern, vor neuem Blut und Leben in der Partei fürchten. Solche Tendenzen verschulden zum Teil das Nachhinken der Partei hinter der revolutionären Massenentwicklung.

Eine wichtige Frage ist die Konkretisierung der Generallinie auf die bezirklichen und örtlichen Verhältnisse. Wir brauchen deshalb eine starke Selbstinitiative und Kontrolle. Nicht Diktatur von oben, nicht Kommandoton, wohl aber eine Kontrolle gemeinsam mit den Massen, ihre lebhafte Unterstützung, die dazu beitragen wird, rasch eine neue Auffrischung unseres Funktionärkaders zu erzielen.

In diesem Zusammenhang steht auch die Schwäche in der Anwendung der Einheitsfrontpolitik von unten, das noch viel zu schleppende Tempo trotz der Erfolge in der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter. Hier gibt es solche Stimmungen, als ob sozialdemokratische Arbeiter nicht revolutionäre Kämpfer in unserer Partei werden könnten. Hier brauchen wir einen kühnen Schritt vorwärts, um die selbstschöpferische Initiative zu wecken.

Genossen, meine kritischen Bemerkungen entspringen nicht irgend einem Pessimismus, sondern gerade der Feststellung der positiven großen Erfolge, neben denen wir stets die Ausmerzung vorhandener Schwächen nicht vergessen dürfen. Wir, Genossen, sind die einzige lebendige revolutionäre Kraft, die die Massen in den Kampf gegen die Offensive der Bourgeoisie führen können. Die Partei hat schon bei manchen Anlässen selbstlos und kühn vorhandene Mängel in kürzester Zeit fast ausgemerzt. Sie wird auch jetzt, angesichts der gewaltigen Aufgaben im Kampf gegen Brüning, gegen die Bourgeoisie und ihre Verbündeten jeden Tempoverlust auszugleichen verstehen.

Vorwärts, zu Kämpfen und Siegen!

Wir müssen systematisch unsere Politik weiter entwickeln und vervollkommnen. Das Freiheitsprogramm, das Programm der sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes war und bleibt die Achse unserer Politik. Jetzt ergänzen wir mit dem Bauern-Hilfsprogramm, mit dem Arbeitsbeschaffungsplan und mit anderen Maßnahmen, durch die wir unseren Kampf für die Volksrevolution in immer neue Schichten tragen.

Das zentrale Problem für uns besteht darin, gegenüber der Offensive der Bourgeoisie, die immer brutalere und maßlosere Formen annimmt, gleichfalls die Aktionskraft und Aktionsfähigkeit der Massen auf eine höhere Stufe zur Führung des Gegenangriffs zu erheben. Je mehr wir verstehen, die einzelnen Aktionen und Kämpfe auszulösen und in den Strom unserer Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit hineinzuleiten, desto stärker wird unsere Partei, desto lebendiger das Proletariat, desto wirksamer werden sich die Beschlüsse des XI. Plenums in den Massen Deutschlands auswirken. Gehen wir mutig und ohne Hemmungen an unsere Arbeit mit dieser Ueberzeugung, dann werden wir auf der nächsten ZK.-Sitzung nur über neue Erfolge und Fortschritte zu berichten haben.

Uebergang ins kommunistische Lager

Die „Frankfurter Zeitung" zur Bauernrebellion und Salomons Schritt

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt in ihrer gestrigen Ausgabe unter der Ueberschrift: „Ein Landvolkführer geht zum Kommunismus über" zu Bruno v. Salomons Solidarisierung mit dem Bauernhilfsprogramm der KPD. einen längeren Artikel, dem wir folgende Zeilen entnehmen:

„...Der Schritt von Salomons ist gewiß nicht bedeutungslos. Bisher ist ein großer, wenn nicht der größere Teil der deutschen Bauernschaft noch den Parolen politischer Organisationen gefolgt, die im Endziel mit schroffer Einseitigkeit die Interessen des Großgrundbesitzes, nicht aber die der Bauern vertraten. In der gleichen Zeit, in der diese Organisationen für den östlichen Großgrundbesitz außerordentliche Erfolge erzielten — so dauernde Steigerung der Getreidepreise in der gleichen Zeit, in der diese auf dem Weltmarkt immer tiefer sanken —, in dieser gleichen Zeit haben sie sich die Gefolgschaft der Bauern dadurch erhalten, daß sie ihnen in einer wilden politischen Hetze den Glauben beibrachten, an ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage seien die Reichsregierung und der ‚Marxismus' schuld.

Mit genau den gleichen Parolen und eng verbündet mit der großen agrarpolitischen Organisation des Reichslandbundes haben dann auch die Nationalsozialisten bei der Bauernschaft außerordentliche Erfolge zu verzeichnen gehabt. Dabei mußte es freilich nur als eine Frage der Zeit erscheinen, wann insbesondere bei der Kleinbauernschaft die Einsicht erwachen würde, daß die politische Vertretung des Großgrundbesitzes nicht zugleich die ihrige sein kann, daß die Behauptung von den gemeinsamen Interessen des Großgrundbesitzes und der Bauern eine Irreführung ist. Leider ist die Gefahr nicht gering, daß Teile der Bauernschaft aus der zunächst negativen Erkenntnis, daß sie von jener Seite keine wirkliche Hilfe erwarten können, zunächst die Konsequenz ziehen ziehen, ins entgegengesetzte Extrem zu fallen und sich vom Kommunismus Hilfe zu versprechen.

Sollte die Annäherung der Itzehoer Landvolkskreise um Salomon und Heim an den Kommunismus wirklich weitere Kreise ziehen, so würde sich damit auf dem Lande ein Vorgang abspielen, wie er in ähnlichen Anfängen auch in den Städten beobachtet ist: daß nämlich Kreise, die bisher den rechtsradikalen Parolen gefolgt sind, die dort nur der politischen Agitation dienenden antikapitalistischen und sozialrevolutionären Forderungen ernst nehmen und den Uebergang ins kommunistische Lager vollziehen."

Waldenburger Bergland

Heraus zum Protest gegen die neue Notverordnung

am Donnerstag 20 Uhr im „Edelstein" Waldenburg. Redner: Reichstagsabgeordneter Gen. Becker.

Parteiarbeiter-Konferenz

Mittwoch, den 10. Juni, 19 Uhr in der „Stadtbrauerei" große Konferenz aller Parteiarbeiter (Funktionäre) für das Arbeitsgebiet Waldenburg ohne Landeshut. Alle Funktionäre müssen erscheinen! Mitgliedsbücher der Partei und Gewerkschaft (RGO.) mitbringen!

Berger gesteht

Zu unserer Meldung an dem Morde des Tiefbauunternehmers Jakobe bringen wir die Mitteilung, daß der wegen Mordverdachts verhaftete Montagemeister Berger ein Teilgeständnis abgelegt hat. Im Gegensatz zu der von der bürgerlichen Presse ausgesprochenen Vermutung eines Raubmordes bestreitet Berger die Absicht eines Raubmordes.

Langwaltersdorf

Sanierung des Gemeindeetats auf Kosten der Aermsten der Armen

Bisher wurden in unserer Gemeinde die Sammelkarten für Holz und Beeren gratis abgegeben. Doch jetzt verlangt man für eine Karte sage und schreibe 50 Pfennig von den Aermsten der Armen. So will man die Armen zwingen, ihr Teil dazu beizutragen, daß unser Gemeindebudget saniert wird. Aber wenn man nur 50 Pfennig verlangt, so kommt zuwenig ein. Darum erhalten nicht mal alle Wohlfahrtsempfänger und Invaliden die Sammelkarte für 50 Pfennig. Wer wirklich vier zerbrochene Wände als sein Eigentum betrachten kann oder 70 Mark monatliche Unterstützung erhält, der muß für eine Sammelkarte den Wucherpreis von zwei Mark bezahlen. Diese Maßnahme ist eingeführt worden, ohne daß im Gemeindeparlament dazu Stellung genommen worden ist. Der Langwaltersdorfer Gemeindevorsteher ist ein gelehriger Schüler Brünings und will ebenfalls durch Notverordnungen seinen Befähigungsnachweis erbringen.

Wir verlangen sofortige unentgeltliche Abgabe der Sammelkarten. Wenn man schon Geld herausholen will, dann bei den Großbauern und Krautjunkern, aber nicht bei den Hungernden.

Wüstegiersdorf

Geständnisse der Ehefrau des ermordeten Händlers Ulbrich

Zu dem bereits von uns am Sonnabend gemeldeten Morde an dem Futtermittelhändler Ulbrich erhalten wir folgende erschütternden Mitteilungen. Die wegen Mordverdachts verhaftete Ehefrau sowie deren Sohn gaben nach längerem Leugnen die Tat zu. Nach ihrem Geständnis geschah die Tat bereits am Donnerstagvormittag 11 Uhr. Die Leiche wurde in der Scheune versteckt und dann nachts per Schubkarre nach dem Reinbach, eine halbe Stunde von dem Mordhause entfernt, geschafft. Der Grund des Mordes waren jahrelangen Ehezwistigkeiten der beiden Ehegatten. Beide Verhafteten wurden dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Schweidnitz

Krautjunker Gebrüder Teller als Morddroher und Denunzianten

(Landarbeiterkorrespondenz.)

Eine ganz besondere Sorte von Ausbeutern sind die Gebrüder Teller aus Michelsdorf. Nicht nur, daß sie als Ausbeuter schlimmsten Grades bekannt sind, gehen sie auf der anderen Seite sogar mit dem Revolver gegen ihre Arbeiter vor. Ein junger Landproletarier hielt es in der Arbeitshölle des einen Tellers nicht mehr aus. Teller wollte jedoch sein Ausbeutungsobjekt nicht weglassen, er verweigerte die Herausgabe der Sachen und bedrohte den jungen Landarbeiter mit der Schußwaffe. Durch die Hilfe des Genossen Polenitzky mußte jedoch dieser Teller die Sachen herausgeben. Als man nun die Sachen wegschaffte, kamen zwei junge Landarbeiterinnen und erbaten ebenfalls den Beistand des Genossen Polenitzky. Und siehe, hier war es der andere Teller, welcher durch Einbehaltung der Sachen die Landarbeiterinnen zwingen wollte, sich weiter von ihm ausbeuten zu lassen. Als nun diesem Teller klar gemacht wurde, daß die Verweigerung der Herausgabe der Sachen gesetzwidrig sei, griff er zum Revolver und zwang somit den Genossen, den Hof zu verlassen. Der Gemeindevorsteher lehnt ein Eingreifen mit der Bemerkung ab: **„Ich kann auch nichts machen."** Im umgekehrten Falle hätte er jedenfalls sein Eingreifen nicht abgelehnt. Aber es blieb nicht bei der Ablehnung, sondern anstatt gegen diese Schießhelden, die Gebrüder Teller vorzugehen, wurden Ende Mai neun Landjäger mobil gemacht, die bei den als Kommunisten bekannten Landarbeitern Haussuchungen hielten, ohne jedoch irgendwelche Waffen zu finden. Als Grund für diese Haussuchungen wagte man anzugeben: **„Die Arbeiter hätten nach einem der Gebrüder Teller geschossen."**

Landproleten, diese Tatsachen beweisen euch, wie gefährlich für das Ausbeuterpack die Arbeit der Kommunisten ist, welche euch den Weg zu eurer Befreiung zeigen. An euch liegt es, diesen Weg zu beschreiten. Ihr müßt aufwachen und euch einreihen in die Kampffront des Proletariats. Hinein in den Roten Landarbeiterverband! Werbet Mitglieder der KPD.!

Jauer

Reichsbanner will vom Kampf gegen den Faschismus nichts wissen

Vorige Woche hatte die KPD. zu einer großen öffentlichen Versammlung mit dem Thema: „Mit dem Stahlhelm für Hunger, Krieg und Knechtschaft oder mit der KPD. für Freiheit, Brot und Arbeit" aufgerufen. Genosse Robens, Breslau, beleuchtete kurz den Panzerkreuzer-Parteitag, sowie die kommende Wirtschaftspolitik, um dann auf den Sinn des Stahlhelmtreffens ausführlich einzugehen. Obwohl von seiten der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbanners dauernd von einer wehrhaften Kampffront des Proletariats gegen den Faschismus gefaselt wird, durfte kein einziger Reichsbannerkamerad an unserer Versammlung teilnehmen. Lediglich die Jungsozialisten beteiligten sich an der Abwehr der Stahlhelmprovokation.

Reichsbannerkameraden! Ihr wollt den Kampf gegen den Faschismus führen, dann müßt ihr selbst die Einheitsfront schaffen. Das Fernbleiben von dieser Versammlung muß euch doch beweisen, wie wenig ernst es eure Führer mit der Herstellung der Einheitsfront nehmen. Heraus aus dem RB., welches, wie ihr euch selbst überzeugen könnt, keinen wehrhaften Kampf gegen die Faschistenbrut führt. **Reiht euch ein in die Einheitsfront gegen den Faschistenterror, werbet Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus.**

Striegau

Stahlhelmbrut und Polizei gegen Erwerbslose

A. K. Bei der Flucht aus Breslau fuhren die geschlagenen Seldtejünger auch durch unsere Stadt. Vorbei am Arbeitsamt, mußten sie nun erleben, daß die Striegauer Erwerbslosen nicht hinter der Breslauer Arbeiterschaft zurückstehen. Unter den Pfui- und Nieder-Rufen der Erwerbslosen mußten sie Spießruten laufen. Herr Wähner, seines Zeichens Angestellter des Arbeitsamtes, entpuppte sich als ein Helfershelfer der Faschistenclique und läutete mehrere Male nach der Polizei. Diesem herzlichen Flehen gab diese natürlich sofort statt, und die Polizei machte auf der Promenade Jagd auf die Arbeiter. In Young-Deutschland dürfen also Arbeiter nicht mehr auf der Promenade spazieren gehen. Dem Bürgermeister bereitete es ein Vergnügen, den sattsam bekannten Polizisten Müller wieder als Arbeiterjäger loszulassen. Doch einst kommt der Tag, da . . . stop, die Notverordnung.

Niederschlesien

Liegnitz

Heraus zur Kundgebung!

Gegen die Notverordnung am Mittwoch, dem 10. Juni, um 19 Uhr auf dem Friedrichsplatz. Anschließend Demonstration.

Wichtige schlesische Arbeitsgerichtsentscheidung

Ein hiesiger Arbeitgeber hatte einem Angestellten gekündigt und bis zum Ablauf der Kündigungsfrist mit Auszahlung des Gehalts am Ersten eines jeden Monats beurlaubt. In der Zwischenzeit nahm der Angestellte eine Stellung bei einer Konkurrenzfirma an und klagte jetzt sein ihm verweigertes Gehalt mit der Begründung gegen die frühere Firma ein, daß ihm die Verfügung über seine Arbeitskraft zustünde. In der Weiterzahlung des Gehalts erblickte der klagende Angestellte ein Geschenk, das von der Annahme einer anderen Stellung unberührt bleibe. Der Angestellte glaubte ohne Rechtschmälerung vor Ablauf der Kündigungszeit in fremde Dienste treten zu können. Das Liegnitzer Arbeitsgericht schloß sich der Ansicht des Angestellten an und sprach ihm die eingeklagte Forderung zu. Gegen das Urteil wird wahrscheinlich Berufung eingelegt werden.

Sprottau

Ueber eine halbe Million Fehlbetrag im Haushalt des Kreises Sprottau

Der endgültig in Höhe von 1 516 640 Mark (i. V. 1 326 321 M.) festgestellte Etat des Kreises Sprottau für das Jahr 1931 weist einen Fehlbetrag von 568 623 Mark gegen 218 000 Mark im Vorjahre auf. Das enorme Anschwellen des Fehlbetrages ist hauptsächlich auf das beträchtliche Anwachsen der Wohlfahrtslasten zurückzuführen. Diese Lasten sind um rund 260 000 Mark höher als im Vorjahre. Zur Deckung des Fehlbetrages von 568 623 Mark soll der am 10. Juni zusammentretende Kreistag außer den bisherigen Zuschlägen zu den Einkommen- und Körperschaftssteuerüberweisungen (44 Prozent) und nach dem Gewerbesteuerertrage bzw. -kapital (55 Prozent) 44 Prozent Zuschläge von der Hälfte des Bürgersteueraufkommens der Gemeinden beschließen, wodurch insgesamt 210 333 Mark aufkommen sollen. Für den restlichen ungedeckten Fehlbetrag von über 300 000 hofft man auf Staatshilfen gemäß dem preußischen Finanzausgleichsgesetz bzw. auf Erleichterung der Fürsorgelasten.

Bunzlau

Reichsregierung soll den Hungeretat balancieren

Der diesjährige Etat des Kreises wird voraussichtlich mit einem Fehlbetrage von 200 000 Mark abschließen, hinzu kommt noch der Fehlbetrag von 100 000 Mark des vorjährigen Etats, so daß ein Loch von insgesamt 300 000 Mark entstehen wird. In der Kreistagssitzung vom 1. Juni stellte nun der Abgeordnete Baur einen Antrag, von der Regierung eine Reichsbeihilfe zu erbitten. Diesem Antrag wurde von allen Abgeordneten, **mit Ausnahme des Genossen Geppert, zugestimmt** und die Regierung um Ueberweisung eines Betrages von 300 000 Mark ersucht.

Bis zur Entscheidung soll nach dem Etat des Jahres 1929/30 verfahren werden. Die zunehmende Zahl der Wohlfahrtsempfänger bringt auch bei uns eine stärkere Belastung der Wohlfahrtslasten. Nach den Ansätzen für das Jahr 1930/31 werden sie jedoch um 150 000 Mark höher sein. Trotzdem 50 000 Mark bereits durch Ausgabendrosselung gedeckt sind, bleibt immerhin noch ein ungedeckter Betrag von 100 000 Mark. Im Vorjahre hatte man unter den günstigen Verhältnissen eine Kreisabgabe von 400 000 Mark festgesetzt; man will diesen Betrag vorbehaltlich der Festsetzung im Jahre 1931/32 ebenfalls zuzüglich einer Anleihe von 100 000 Mark zur Deckung der Aufwendungen für Hochwasser-Notstandsaktion aus den Jahren 1926/30, falls sich der Kreis beteiligt, festsetzen. Genosse Geppert brandmarkte in seinen Ausführungen die Demagogie des Antrages Baur, welcher doch nur für seine Klasse, **für die Klasse der Besitzenden, Vorteile herausholen will, während man auf der anderen Seite aber an den Aermsten der Armen sparen will und einen Etat von nur 400 0000 Mark für Soziallasten, trotz der dauernd ansteigenden Zahl der Wohlfahrtsempfänger für gut befindet.**

Weiterhin forderte Genosse Geppert noch die Beseitigung der Straßenkurve bei Hentschel am Hardenberg, durch welche viele Unglücksfälle hervorgerufen werden, sowie die Absetzung des Gemeindevorstehers Beißwenger aus Machenau, welcher, um die Beerdigungskosten für den verstorbenen Mann der Frau Heinrich zu sparen, dieser den Rat gab, die Leiche ihres Mannes an die Anatomie nach Breslau zu verkaufen. Wir haben über diesen Fall in unserer Zeitung berichtet.

Kleine Meldungen

Goldberg. **Wegen schlechter Behandlung vor den Zug geworfen.**

Am Sonnabendmorgen wurde etwa 800 Meter unterhalb des Bahnhofs Kosendau die schrecklich verstümmelte Leiche eines etwa 18 bis 22 Jahre alten Mädchens auf dem Bahngleis gefunden. Der Unglücklichen, deren Personalien noch nicht feststehen, war der Kopf abgefahren worden. Man fand an der Stelle zwei Zettel vor, aus denen hervorgeht, daß sich das Mädchen wegen Krankheit und schlechter Behandlung durch die Eltern das Leben genommen hat.

Hirschberg. **Ein Kind im Wassergraben ertrunken.**

In Petersdorf stürzte in der Nähe der Papierfabrik von Berger beim Spiel das fünfjährige Töchterchen des Zimmermanns Ackermann in den an der Fabrik vorüberfließenden Wassergraben hinein. Das Kind ertrank, ehe Hilfe herbeieilte.

Liegnitz **Eine Schülerin von der Straßenkehrmaschine getötet.**

Am Freitagabend in der 17. Stunde fuhr in der Nähe des Städtischen Säuglingsheims, Ecke Moltke- und Steinmetzstraße, die zwölfjährige Tochter des Postschaffners i. R. Paul Beese, Carthausstraße 7, mit ihrem Fahrrade in die gerade wendende Motor-Kehrmaschine hinein. Das Mädchen stürzte, geriet unter die Maschine und wurde auf der Stelle getötet.

H

Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

Petersdorf i. Rsgb.

Oswald Klose, Dorfstraße 53 40073
ff. Fleisch- und Wurstwaren

A. Leisching, Dorfstraße 10
Drogen, Farben, Lacke, Photoartikel 4470

Reste und Partiewaren
Gertrud Hoffmann 4471

Hermann Tichter, Dorfstraße 4472
Kolonialwaren, Weine, Spirituosen, Küchengeräte

Gasthof „Deutsches Haus" Inh. F. Wanka 4473
empfiehlt seine Lokalitäten / Lichtspiele

Gasthof „Zur Sonne" Inhaber M. Simon
empfiehlt seine Lokalitäten 4474

Rudolf Haertel, Café
Bäckerei, Konditorei 4475

Else Schön, Dorfstraße 52 4476
Kolonialwaren, Zigarren, Zigaretten, Tabak

Landeshut

„Lucker-Säle" Inhaber Fritz Zahn
empfiehlt seine Lokalitäten 4467

Siegfried Barasch, Kirchstraße
Damen- und Herrenkonfektion, Schuhe
Hüte, Mützen und Schnittwaren 4463

Josef Jüschke, Beucheistr. 27 4464
Kolonialwaren, Spirituosen

H. Rosenstein, Wilhelmstraße 4
Filiale: Schmiedeberger Straße 14 4465
Spirituosen — Weine — Liköre — Zigarren

L. Stanietz, Markt 7 4466
Damen-Kleiderstoffe

Landeshut

Sittenfeld-Seiler 4469
Das große Spezialhaus für Fertig-Kleidung

OSLER 4468 — Reserviert

Dittersbach

Eure Drogen, Farben, Photo
aus den Hochwald-Drogerien
Inhaber P. Czunczulett
Hauptstraße 67a und 123 40070

Weine aller Art
Wacholder und Fruchtsäfte
Bienenhonig, Tabake billigst bei
4446 S. Hein, Hauptstraße 74

Dittersbach

Kauft in der Bäckerei u. Konditorei
Wilhelm Kramer, Hauptstr. 57 4445

Sprottau

Kubalzki Nachflg., Neustr. 6 40093
Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen
Reparaturwerkstatt, Spezialist auf Nähmasch.

Reform-Lebensmittelhaus
Obst, Gemüse
Molkereiprodukte
Heinr. Iske, Markt 44
40097

Heinr. Göldner
Jüdenstr. 5
Zigarrenhaus
40095

W. Paschel
Rosenstraße 1
Leder- und Bürstenwaren
40094

Fritz Sommer
empfiehlt sein
Frisier-Geschäft
Neustraße 25
40092

Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung
kaufen Sie billig und gut bei
40096 Adolf Schindler, Markt 36

Niesky OL.

G. Jähne
Fleisch- und Wurstwaren
40132

R. Gottschlich
Bautzener Str. 13
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
40133

Kleiderstoffe, Wäsche
40130 Trikotagen
M. Lund, Muskauer Straße 10

Gasthof „Zum Stern"
40131 Stern-Lichtspiele

Penzig

Molkereiprodukte
4705 C. Berndt
Wilhelmstraße 9

FRITZ WOLF
Andreasstraße 2
Fleisch- und Wurstfabrik
40075

Lebensmittel
4706 H. RÖNSCH
M. RÖNSCH

Heraus mit den acht schwarzen Jungarbeitern!

Die weiße Schmach von Alabama

Scottsboro — ein Signal des Klassenkampfes

Der Kampf den die amerikanische Rote Hilfe und die hinter ihr stehenden Arbeitermassen gegen das Schandurteil von Scottsboro führen, bezweckt nicht allein die Befreiung der acht Neger-Jungarbeiter, sondern ist ein wuchtiger Aufmarsch für die elementaren Rechte der Negermassen, die ihnen unter dem amerikanischen Kapitalismus verweigert werden.

Dieser Kampf ist ein Bestandteil des Klassenkampfes. Er wird gegen das gesamte System der weißen Unterdrückung und gegen das Lynchgesetz geführt, sowie gegen das Privileg der Grundbesitzer und Kapitalisten des Südens, welche die Neger verfolgen und sie unbestraft mißhandeln und ermorden.

In allen Teilen der Vereinigten Staaten hetzt die Bourgeoisie die weißen Arbeiter gegen die Negermassen auf. Seit der großen Wirtschaftskrise verstärkt sie die schändliche Politik der Rassenhetze, um die Aufmerksamkeit der weißen und schwarzen werktätigen Massen von ihrem Elend und ihrem Hunger abzulenken. Die Folgen dieser teuflischen Hetze drücken sich in den folgenden Zahlen der Opfer der Lynchjustiz aus:

Im Jahre 1930 wurden über 40 Negerarbeiter gelyncht, von Januar bis Ende April 1931 sind schon 15 Neger durch die von Kapitalisten und Landbesitzern aufgehetzten Pöbelhaufen ermordet worden.

Während des Prozesses gegen die Negerjungarbeiter erreichte die Rassenhetze ihren Höhepunkt. An einem Tage wurden zwei Negerarbeiter im Staate Tennessee und ein Neger im Staate Mississippi gelyncht, zwei andere in Atlanta (Georgia) und Birmingham wurden schwer verwundet.

Dieser ganze Terror bezweckt, in den Herzen der Millionen arbeitslosen Negerarbeiter und -farmer, die der Hungersnot preisgegeben sind, Furcht zu erwecken und sie gegen die weißen Klassengenossen, deren Lage nicht besser als die ihrer schwarzen Brüder ist, aufzureizen und dadurch den gemeinsamen Kampf der schwarzen und weißen Arbeiter gegen die Kapitalisten und Großgrundbesitzer zu verhindern.

Sowjetfeindliche Provokationen in Lettland

Revolutionäre Protestkundgebung im lettischen Parlament

Riga, 8. Juni. Die Arbeiter- und Bauernfraktion brachte im Sejm eine Interpellation über die sowjetfeindlichen Demonstrationen anläßlich der am 12. Juni bevorstehenden Zehnjahresfeier der lettländischen Flotte ein.

Bei der Begründung der Interpellation wies der Vertreter der Arbeiter- und Bauernfraktion, Jerschow, darauf hin, daß die Flottendemonstration gegen die Sowjetunion eine psychologische Vorbereitung zur bewaffneten Intervention sei. Das wäre durch verschiedene Tatsachen bestätigt, und zwar durch die Aktivität der russischen Weißgardisten, durch die Besuche lettischer Generale in sowjetfeindlichen Ländern usw.

Als Jerschow zum Schluß erklärte, daß die Arbeiter im Falle eines imperialistischen Krieges wohl wissen würden, auf welcher Seite sie stehen müssen, erteilt ihm der Sejmvorsitzende einen Ordnungsruf.

43 Millionen Hektar

Die Winteraussaatfläche in der Sowjetunion

Moskau, 8. Juni. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Der Volkskommissarenrat der Sowjetunion setzte die Winteraussaatfläche im laufenden Jahr auf 43 Millionen Hektar fest. Die Sowjetwirtschaften bauen planmäßig 2 800 000 Hektar, die Kollektivwirtschaften 26 Millionen Hektar an. Der Rest wird von Einzelbauern angebaut.

Die KP. Rumäniens im Vormarsch

Grandioser Wahlerfolg trotz wütenden Polizeiterrors. Schwere Niederlage der Sozialdemokratie

Wien, 8. Juni. Aus Bukarest wird gemeldet: Nach dem von der Regierung veröffentlichten Endergebnis der Wahlen zum Parlament hat der unter der Führung der verbotenen Kommunistischen Partei stehende Arbeiter- und Bauernblock 73 411 Stimmen (38 000 Stimmen bei den letzten Wahlen) und damit fünf Mandate erobert.

Die Sozialdemokraten, die mit Unterstützung der Regierung in weit mehr Wahlbezirken kandidieren konnten und die auch nicht unter dem Wahlschwindel litten, erhielten bloß 80 000 Stimmen und 6 Mandate gegenüber 9 Sitzen im aufgelösten Parlament.

Die Ergebnisse aus einzelnen Wahlbezirken zeigen noch deutlicher die Fortschritte des Arbeiter- und Bauernblocks. So stiegen in Bihor die für den Arbeiter- und Bauernblock abgegebenen Stimmen von 5910 bei den letzten Wahlen auf 9077 gegen 1618 für die Sozialdemokratie abgegebene Stimmen; in Arad von 3764 auf 5786 gegen 8289 für die Sozialdemokratie. In Timisoara wurden 10 491 Blockstimmen gegen 5701 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

In den Siebenbürger Wahlbezirken Treiscaune, Maramures und Lugoj wurde die Einreichung der Kandidatenlisten des Arbeiter- und Bauernblocks gewaltsam durch die Gendarmerie verhindert, so daß die für den Arbeiter- und Bauernblock abgegebenen Stimmen nicht gezählt wurden. In vielen Orten wurden am Wahltage Massenverhaftungen sowohl von Kandidaten, als auch von Propagandisten des Arbeiter- und Bauernblocks vorgenommen.

Im Schiltale erschoß die Polizei während der Wahlkampagne den Spitzenkandidaten des Arbeiter- und Bauernblocks. In den Bezirken Hunadeora, Kerekes u. a. verhaftete sie sämtliche örtlichen Führer des Blocks. In Oradea konfiszierte die Polizei die Wahllegitimationen eines großen Teiles der Arbeiterwählerschaft und hinderte sie so an der Ausübung ihres Wahlrechtes.

Dazu kommt, daß sich die Wahlbestimmungen überall gegen die Beteiligung der Arbeiterschaft auswirken. Die Wahlen wurden an einem Werktage abgehalten. Gerade während der Mittagszeit, von 12 bis 3 Uhr, wurde aber die Wahlhandlung unterbrochen und in den Wahllokalen verblieb nur ein Gendarmeriebeamter. Ueberall war ein Gendarmerieoffizier Wahlleiter.

Polen will Danzig annektieren

Neue Zuspitzung des Konfliktes Polen—Danzig — Polen auf dem Wege des Kriegsabenteuers

Danzig, 8. Juni. In den Beziehungen zwischen Danzig und Polen ist eine neue Verschärfung eingetreten. Polen beabsichtigt, Militär nach Danzig zu legen, um auf diese Weise die Annexion vorzubereiten.

Die Sowjetpresse nimmt zu den Provokationen gegenüber Danzig in alarmierender Weise Stellung. „Iswestija" erklärt, die Verschärfung der Beziehungen zwischen Polen und Danzig sei darauf zurückzuführen, daß Polen an der Möglichkeit zu zweifeln beginne, Danzig ohne weiteres zu militärischen Zwecken auszunutzen, sie sei auch ferner zurückzuführen auf die österreichisch-deutschen Zollunionpläne. Polen versuchte Truppen nach Danzig zu legen, um so die Annexion vorzubereiten. Damit beabsichtige es, für den Fall des Zustandekommens der Zollunion eine entsprechende Entschädigung an der Westgrenze zu sichern.

Die Freie Stadt Danzig, so schließt der Artikel, kämpft um ihre Rechte. An der Wahrung dieser Rechte sind alle interessiert, denen am Frieden gelegen ist, insbesondere die Sowjetunion, die zu Danzig freundschaftliche und rege Handelsbeziehungen unterhält.

Weiße und schwarze Kumpels in einer Front

Bergarbeiterstreik in Pittsburg

Newyork, 8. Juni. In Pittsburg sind 9000 Bergarbeiter in den Streik getreten, der unter Führung der revolutionären Bergarbeitergewerkschaft steht. Seit Beginn des Streiks sind 3000 Bergarbeiter der revolutionären Gewerkschaft beigetreten. Die Streikenden fordern Lohnerhöhung, Durchführung des Achtstundentages und Anerkennung der Gewerkschaft.

Es wurde beschlossen, Massenstreikposten aufzustellen. An diesen Streikposten beteiligen sich sogar Frauen und Kinder. Es wurden bereits eine Reihe von Streikkomitees organisiert. Bei dem Streik sind die weißen und die Negerarbeiter vollständig solidarisch. Die Negerarbeiter beteiligen sich aktiv an der Führung des Streiks, obwohl viele von ihnen noch im Jahre 1927 als Streikbrecher nach dem Pittsburger Revier geschickt wurden.

Die Reformisten versuchen, die Führung des Streiks in die Hände zu bekommen, um ihn zu verraten. Der Genosse Foster, der vor 275 Delegierten des Streikkomitees eine Rede hielt, wurde begeistert empfangen. Auf der Konferenz wurde beschlossen, den ganzen Bezirk zum Streik aufzurufen.

Newyork, 8. Juni. Beim Jugendtag in Youngstown wurden 52 Teilnehmer verhaftet und in den Straßen fürchterlich geprügelt. Sieben wurden ernstlich verwundet, darunter ein Kind von sieben Jahren. Dem energischen Auftreten der Arbeiter ist es gelungen, von den Behörden die Abhaltung einer Protestdemonstration zu erzwingen.

Hungerunruhen auf Kuba

Newyork, 8. Juni. In Santiago de Kuba drangen im Verlaufe eines Straßentumultes mehrere hundert Arbeitslose in das amerikanische Konsulat ein, um sich vor der Polizei und den Truppen zu schützen, die mit blanker Waffe und Tränengasbomben gegen die Demonstranten vorgingen. Andere Arbeitslose besetzten ein amerikanisches Hotel und verlangten Lebensmittel. Die Polizei nahm etwa 50 Verhaftungen vor.

Streik in Bilbao

Paris, 8. Juni. „Havas" berichtet aus Bilbao, daß heute die Bauarbeiter als Protest gegen das Blutbad in San Sebastian in den Streik treten. Außerdem protestieren die Gewerkschaften gegen die von den Unternehmern eingeführte Vier-Tage-Arbeitswoche ohne Lohnausgleich.

Neue Kerkerurteile in Ungarn

Wien, 6. Juni. Aus Budapest wird gemeldet: Am 3. Juni fand eine Verhandlung vor dem Kovacs-Senat gegen Zoltan Fürst und Genossen statt. Zoltan Fürst erhielt zwei Jahre zwei Monate Kerker, Lotte Glasner ein Jahr, Josef Zaberszky, Ede Blum, Frau Miksa Leitner, Josef Linka und Josef Feher je sechs Monate Kerker.

Wer seinen Sohn lieb hat züchtigt ihn

Aus einem großen antiklerikalen Roman v. Franz Braun

Die Kinder der Familie Gräve sah man selten lachen. Still und ernst schlichen sie in der Wohnung umher und auch von außen bemühte man sich wenig, Freude oder Lachen ins Haus zu bringen.

Wenn man jemanden von den Nachbarn, deren es in der Kolonie viele gab, gefragt hätte, warum das so sei, so hätte wohl keine noch so gesprächige Nachbarin eine rechte Antwort zu geben vermocht. Und doch gab es hierfür einen ganz natürlichen Grund: es war eine überaus fromme und kirchentreue Familie. Das Gebet ist ein Kind der Trauer, der Dunkelheit, der Oede. Wo es erschallt, da fliehen Freude und Frohsinn.

Oefter als in den anderen katholischen Nachbarhäusern hielten die Geistlichen der nahegelegenen Pfarrkirche dort Eingang. Das erweckte den Neid der Nachbarn. Man war doch schließlich auch kein Heide . . . Sogar einer der Lehrer verkehrte dort im Hause. Das wollte viel heißen. Was Wunder also, wenn gerade die Gräveschen Kinder den andern in der Schule als Vorbild hingestellt wurden und die besten Zeugnisse nach Hause brachten.

Allerlei stille und gehässige Vermutungen knüpften hier an und konnte man einem solchen Meinungsaustausch beiwohnen, so verfehlte man nicht die Ansicht, daß das überhaupt keine richtigen Arbeiter seien. „Sagen Sie doch selbst, gehört sich denn das, daß man seinen Kindern den Umgang mit Nachbarskindern verbietet, nur weil sie Protestanten sind? Was können die Kinder dazu?"

Dem folgte gewöhnlich ein Maß üblicher Gehässigkeit und aufgespeicherten Neides.

Hinter den vier Fenstern aber ging alles seinen gemessenen Gang. Mit einer Ernsthaftigkeit, die nur wenig begründet war. Ging eines der zahlreichen Kinder einmal über das Maß der erträglichen Ausgelassenheit, das nicht allzu hoch bemessen war, hinaus, dann war gleich das gewichtige Wort der Mutter oder auch wohl ihre strafende Hand zur Stelle. Diese Hand führte eine nicht minder wichtige Sprache und war vor allem sehr gefürchtet. Jeder, der damit in Berührung kommen konnte, suchte derselben auszuweichen und, soweit es ging, seine Lebendigkeit zu zügeln. Das aber gab ernste Augen und blasse Wangen. Kinder, deren Geist wenig Leben und Freude durchtost, setzen schlechtes Blut an. Ist dieser Mangel noch von einer wenig reichlichen Nahrung begleitet, so werden mit zunehmendem Alter die Augen tiefer und tiefer.

Am Gräveschen Tisch ging es kärglich zu. Nicht, daß man nicht satt genug geworden wäre. Aber satt und satt ist zweierlei. Selten ist der Fall, daß jemand beide Arten kennenlernt, soviel Gutes auch eine solche Regelwidrigkeit mit sich bringen würde. Man lebt hier und sättigt sich oder man lebt da und wird satt gemacht.

Der Vater hatte eine harte Lebensschule hinter sich. Früh hatte es ihn von Hause fortgetrieben. Er war der älteste Sohn eines Schuhmachers aus dem Westfälischen. Seine Mutter, eine fromme, vom Leben zermürbte Frau, hatte er früh verloren. Der Vater war ein Trinker, der nach ihrem Tode bald wieder heiratete. Die neue Mutter, eine Protestantin, blieb dem Wesen des Knaben fremd. Sie versuchte die religiösen Neigungen, die in dem damals Dreizehnjährigen erwachten, mit brutalen Mitteln zu ertöten und was kommen mußte, kam: die Fremdheit wurde zur Abneigung. Gehässigkeiten, auch von seiten des Vaters der immer mehr dem Trunke anhing, waren die Folge. Der Knabe wurde seiner kindlichen Ueberzeugung zulieb ein Märtyrer und erst die Flucht des Zwanzigjährigen machte dem Kampf ein Ende. Eine harte Militärzeit folgte, nach deren Ende er sich, herausgerissen aus allen Wurzeln der Kindheit und Familie, der Fabrik zuwandte. Die Stille des Landlebens hatte für seinen Geist, der nach nach Aufklärung und Wissen verlangte, keinen Reiz mehr. Die Blütezeit der aufkommenden Ruhrindustrie hatte begonnen. Hermann Gräve war einer der ersten, die ihrem verlockenden Ruf folgten.

Von Ort zu Ort warf ihn das Schicksal, bis er in Mülheim die Bekanntschaft des Mädchens machte, das seine Neigung auf sich zog und seinem unruhigen Wandern ein Ziel setzte.

Bei der Einweihung der neuen Pfarrkirche zu Mülheim-Styrum, die der Großindustrielle Thyssen erbaut und der Gemeinde vermacht hatte, sah er sie zum erstenmal und lenkte nun öfter seine Schritte dorthin. Er suchte ihr, so oft es ging, zu begegnen. Ein flüchties Erröten und bald darauf ein scheues Grüßen, gaben ihm den Mut zu einer Annäherung.

Hermann Gräve siedelte nach Styrum über und nahm bald an allem kirchlichen und religiösen Leben teil. Innerhalb eines halben Jahres war er eine bekannte Erscheinung in den politischen und kirchlichen Vereinen der damals noch kleinen Gemeinde. Er wurde einer der eifrigsten Propagandisten der Zentrumspartei unter seinen Arbeitskollegen und zog sich dieserhalb neben mancherlei Sympathie viel Feindschaft zu. Je mehr jedoch die Widerstände und Anfeindungen wuchsen, umso fanatischer trieb es ihn auf seinem Wege. Er war ein aufrechter und lauterer Charakter, ein zu ehrlicher Verfechter seiner Interessen und der seiner Kollegen, daß man ihn hätte persönlich angreifen können. Zudem war er durchaus nicht von jener einseitigen Bildung, wie man sie oft bei Leuten seiner Umgebung findet. Er wich niemandem im theoretischen Kampfe aus, scheute keine Diskussion. Auf seinem Zimmer fanden sich Schriften und Bücher aus allen politischen Lagern.

Sein Hauptinteresse galt der aufkommenden Sozialdemokratie und in mancher Nacht saß er zu später Stunde noch über den Werken eines Lassalle, Bebel und anderer führender Männer seiner Zeit. Keine Versammlung wurde gehalten, die ihn nicht lockte. Vielerlei Anfechtungen bereitete ihm dieser hartnäckige Wille nach Wahrheit und Aufklärung. Seine religiöse Ueberzeugung überhob ihn immer wieder allen Zweifeln. Je mehr sie ihn überkamen, umso größer wurde sein Widerstand, umso bewußter der Wille, sie zu besiegen. Er wurde, ohne darum zu wissen, ein gefühlsmäßiger Fanatiker, dem die Qual seines Suchens zur Gewohnheit wurde und der doch im Vorhinein seines Sieges gewiß war.

An diesem Kampf ließ er Maria Siegel mehr und mehr teilnehmen. Sie war klug und wißbegierig und obgleich sie nicht imstande war, seinen Gedanken zu folgen, fühlte sie doch in allem seine grenzenlose Hingabe an die Religion. Sie glaubte an ihn, wie sie an Gott glaubte. Ihm aber wurde ihre Liebe zum stärksten Halt. Einigen Jahren des gegenseitigen Kennenlernens folgte eine kurze Brautzeit, und als sie in der neuerbauten Thyssenschen Arbeitersiedlung Wohnung fanden, zogen sie als Mann und Frau dort ein.

Für Hermann Grave schien des Lebens Erfüllung erreicht. Jahre der Arbeit und Entbehrung folgten. Die Kinderschar, die sich um den Familientisch sammelte, wurde größer und größer und der Verdienst blieb gering. Hermann Grave blieb jener nüchterne Mensch, der er vor seiner Verheiratung gewesen. Selten betrat er ein Wirtshaus und die drei oder vier Zigarren, die seine Frau Sonnabends aus der Thyssenschen Konsumanstalt mitbrachte, reichten zumeist auch noch für die kommende Woche hin.

(Fortsetzung folgt)